

HEFT 2 2013 **SICHERHEITS- GEMEINSCHAFT**

DAS OSZE-MAGAZIN



Überblick »



1 2 Paris/Berlin
Frankreich und Deutschland feiern ihre 50-jährige Freundschaft und Zusammenarbeit _ S.4

3 Türkei/Georgien Ein moderner Grenzübergang in Sarp/ Sarpi verkürzt die Transportdauer um Stunden. _ S.12

4 Bosnien und Herzegowina Achtzehn Jahre nach Ende des Konflikts ist die OSZE nach wie vor mit der entscheidenden Aufgabe konfrontiert, den Teufelskreis aus Hass und Schuldzuweisungen im Gerichtssaal, im Klassenzimmer und im Sitzungssaal zu durchbrechen. _ S.28

5 Osch (Kirgisistan) In einer durch ethnische Konflikte entzweiten Gemeinschaft löste ein abscheuliches Verbrechen eine Reihe hoffnungsvoller Ereignisse aus. Ein Beamter der OSZE Initiative für Kommunale Sicherheit erzählt, wie sich in Suleiman-Too die Verhältnisse ändern _ S.32

6 Der Mittelmeerraum Migranten ohne Ausweisdokumente. Weshalb kommen sie? Was auch immer sie erlebt haben, sie sind leichte Opfer für Ausbeutung. Während Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung nach wie vor ein Problem ist, nimmt die Arbeitsausbeutung zu. _ S.34

Aus dunkler Vergangenheit in eine lichte Zukunft

Die Auseinandersetzung mit dem schweren Erbe der Vergangenheit ist der Weg in eine bessere Zukunft. Was tun, wenn der Dialog zum Stillstand kommt? Zum Sonderthema dieser Ausgabe stellen Autoren Fragen und versuchen Antworten zu geben — 22

Zeit zu feiern! Die deutsch-französische Freundschaft

Fünfzig Jahre Elysée-Vertrag. Die Jugend ist der Schlüssel zum Erfolg. Verbindungen durch



Wasserwege verbinden auch Menschen — 4

OSCE

Freiheit online. Konventionelle Rüstungskontrolle. Engagement für Afghanistan. Sicherheitstage. Unser ökologischer Fußabdruck — 8

Interview

Gestatten, Yurdakul Yigitgüden, Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE — 10

Reportage

Zeit gewinnen

Das OSCE/UNECE-Handbuch der Best Practices für den Grenzübergang liegt nun auch in russischer Sprache vor — 12

Sonderthema

Historische Versöhnung – Risse kitten

Staaten, die eine Sicherheitsgemeinschaft aufbauen wollen, brauchen Strategien für eine historische Versöhnung — 16

Versöhnung – worauf es ankommt

Ein individueller Ansatz.

Die ganze, komplexe Wahrheit. Mehr als ein ausgehandelter

Friede. Verfehlungen eingestehen — 22

Aus dem Feld



Bosnien und Herzegowina – den Teufelskreis durchbrechen

Die OSZE Mission in Bosnien und Herzegowina im Dienste der Versöhnung
Kirgisistan – die Wende in

angemessenes Urteil.

Plädoyer für Mobilität — 34



Wenn ich wütend werde, habe ich die besten Ideen. Opferentschädigung — 44

Suleiman-Too

Das gemeinsame Anliegen der Verhütung sexueller Gewalt eint die Gemeinschaft — 32

Dossier

Migration und Ausbeutung – die Mittelmeer-Connection Die Muster ändern sich. Sehen lernen. Kampf der Unwissenheit. Ein dem Verbrechen

Exklusivinterview

Max Kampelman in Madrid — 46

Leserstimmen — 48

Auslese

Empört Euch! Zubereitung von Freundschafts-Eclairs. Aktuelle OSZE Publikationen — 50



Der französische Präsident Charles de Gaulle und der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer bei der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags am 22. Januar 1963 in Paris. (Photos: AFP)

„Übervoll ist mein Herz und dankbar mein Gemüt“

Charles de Gaulle nach der Unterzeichnung des Vertrags

Zeit zu feiern Fünfzig Jahre deutsch-französische Freundschaft

Die deutsch-französische Freundschaft Fünfzig Jahre Elysée-Vertrag

Man kann sich heute nur mehr schwer vorstellen, wie problematisch die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich vor einem halben Jahrhundert waren, als Präsident Charles de Gaulle an einem kalten Tag im Januar seinen deutschen Amtskollegen Konrad Adenauer im Nachkriegs-Paris im Elysee-Palast empfing, wo sie gemeinsam den Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit unterzeichneten. Ein kühner Schritt, der alles andere als selbstverständlich war.

In dem dichten Vertragstext des Elysée-Vertrags, wie er meist genannt wird, verpflichteten sich die beiden Länder dazu, „in allen wichtigen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Fragen so weit wie möglich zu einer gleichgerichteten Haltung zu gelangen“.

„Geradezu revolutionär“, lautete der einhellige Kommentar der beiden Außenminister Laurent Fabius und Guido Westerwelle in einem gemeinsamen Artikel, der dieses Jahr anlässlich des 50. Jahrestags des Vertrags veröffentlicht wurde.¹

Als „das wohl spektakulärste Beispiel in der Geschichte, wie schnell sich ein Kontinent von einem Kontinent des Krieges und Konflikts in einen Kontinent des Friedens und der Zusammenarbeit verwandeln kann“, beschrieb Thorbjørn Jagland, Leiter des Nobel-Komitees und Generalsekretär des Europarats, die Versöhnung bei der Überreichung des Nobelpreises an die Europäische Union im Dezember letzten Jahres.

Bei den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag

„Nunmehr ist der Rahmen gegeben, um wirkliche Zusammenarbeit zu ermöglichen, und um zwischen unseren beiden Völkern ein Gefühl der Zusammengehörigkeit wachsen zu lassen, das den Belastungen der Zukunft standhalten wird.“

Konrad Adenauer in einem Telegramm an Charles de Gaulle am Tag nach der Unterzeichnung

des Vertrags am Sitz der OSZE in Wien zogen die Vertreter Deutschlands und Frankreichs übereinstimmend eine Parallele zu dem erklärten Ziel der 57 Teilnehmerstaaten der Organisation, sich auf ein gemeinsames Sicherheitsfundament zu einigen.

„Versöhnung und Freundschaft lassen sich nicht von oben verordnen. Sie sind vielmehr Ergebnis eines andauernden Prozesses. Dies gilt für das deutsch-französische Verhältnis, bei dem es aktuell beispielsweise darum geht, gemeinsam die Schuldenkrise zu bewältigen. Es gilt ebenso für die OSZE, wo wir uns mit den in letzter Zeit gewachsenen Spannungen im Ost-West Verhältnis auseinanderzusetzen haben.“ So der deutsche Botschafter Rüdiger Lüdeking. Sein französischer Amtskollege, Botschafter François Alabrune, äußerte sich dazu folgendermaßen: „Die OSZE hat erkannt, wie wichtig Versöhnungsarbeit ist. Aus unserer Sicht ist sie durchaus gerüstet, in diesem Bereich noch mehr zu tun.“

1. In *Le Monde* und in der *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23. Januar 2013.

Die Jugend ist der Schlüssel zum Erfolg

von Lily Gardner Feldman

Vor fünfzig Jahren, im September 1962, hielt der französische Präsident Charles de Gaulle in Ludwigsburg eine Rede an die deutsche Jugend. Er führte den Jugendlichen die Gefahren eines geteilten Europas und einer Welt voller Ungewissheit vor Augen und rief sie angesichts der Herausforderung zu Solidarität auf. Dieser Solidarität einen lebensfähigen Inhalt zu geben, merkte er an, „soll insbesondere das Werk der Jugend sein“.

Dem pflichtete sein Amtskollege, Bundeskanzler Konrad Adenauer, bei: „Die Bemühungen um die Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Franzosen müssen intensiviert werden, insbesondere durch Jugendorganisationen“. Von ihnen hänge das Schicksal unserer beiden Länder ab, sagte er. Kurz nach dem Krieg begann bereits ein informeller Jugendaustausch durch Organisationen wie das Deutsch-Französische Institut, das 1948 in Ludwigsburg gegründet wurde und noch immer aktiv ist. Mit der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags durch Deutschland und Frankreich wurde das Deutsch-Französische Jugendwerk, das Herzstück dieses Engagements, ins Leben gerufen.

Das Deutsch-Französische Jugendwerk

Teilnehmer: Acht Millionen junge Deutsche und Franzosen nahmen ebenso wie Jugendliche aus anderen westeuropäischen Ländern und aus Mittel- und Osteuropa im Rahmen von über 300 000 Austauschprogrammen teil.

Veranstaltungen: Austauschprogramme, Ausbildungsveranstaltungen, Festivals, Konferenzen, Seminare und Praktika, die von Journalismus über Agrarwissenschaft bis zu Beschäftigungspolitik reichen.

Organisatoren: Jugendverbände, Sportverbände, Sprachenzentren, Gewerkschaften, Schulen und Universitäten sowie Städtepartnerschaften

Beiträge des Deutsch-Französischen Jugendwerks zu seinem fünfzigjährigen Bestehen finden sich auf seiner Website www.dfw.org

Weitere Organisationen im Dienste der Annäherung zwischen deutschen und französischen Jugendlichen

Die Aktion Versöhnung, 1958 von der deutschen Protestantischen Kirche als Reaktion auf ihre Passivität im Zweiten Weltkrieg und im Holocaust ins Leben gerufen, organisiert kleine Freiwilligenprogramme, mit denen sie das anspruchsvolle Ziel verfolgen, die „Geschichte zu dekontaminieren“ und mit Klischees aufzuräumen.

Die 1960 gegründete Robert Bosch Stiftung fördert junge Hochschulabsolventen in den Bereichen Kunst, Kultur, Hochschulwesen, Journalismus, Wirtschaft und Politik.

Die Jugend war in den vergangenen sechs Jahrzehnten der Schlüssel zu den tiefgreifenden Veränderungen in den deutsch-französischen Beziehungen. Liegt darin das Geheimnis des Erfolgs?

Eine klare Zielsetzung: Erziehung zu Toleranz durch gegenseitiges Kennenlernen; regelmäßige und langfristige Programme; intensives persönliches und berufliches Engagement.

Doch in einem Jahrhundert mit vielfältigen Herausforderungen wie dem unseren ist Selbstzufriedenheit fehl am Platze. Bringen die Jugendlichen von heute dasselbe Engagement und dieselben Führungsqualitäten mit wie die vorhergehenden Generationen? Können die Institutionen ihre Programme so weit anpassen, dass sie den Herausforderungen für die heutige Generation gerecht werden und deren Erwartungen an das einundzwanzigste Jahrhundert beflügeln?

Dr. Lily Gardner Feldman ist Senior Fellow am American Institute for Contemporary German Studies/Johns Hopkins University.

Mehr zum Thema



Lily Gardner Feldman, *Germany's Foreign Policy of Reconciliation: From Enmity to Amity*, Rowman & Littlefield, 2012

Das Buch vermittelt nicht nur wertvolle Einblicke in die inneren Zirkel der deutschen Außenpolitik in der Nachkriegszeit, sondern auch die Erkenntnis, dass Versöhnung auf internationaler Ebene der Grundpfeiler dieser Außenpolitik war. Nur wenige Länder haben sich ihrer eigenen Tätervergangenheit mit solch starker moralischer Überzeugung gestellt wie Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Dieses Modell ist kein deutsches

Spezifikum, sondern auch ein Lehrstück in Versöhnung als internationaler Prozess. Ausgehend von den Erfahrungen in Frankreich, Israel, Polen und der Tschechoslowakei/der Tschechischen Republik erzählt uns Feldman, was es bedeutet, sich mit seiner eigenen „schrecklichen“ Geschichte als Nation auseinanderzusetzen; welche

moralischen und pragmatischen Motive es sind, die Versöhnung zum zentralen Thema der Außenpolitik machen; welche grundlegenden Katalysatoren zusammentreffen müssen, damit Versöhnung möglich wird – eine fortgesetzte und konstruktive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, die Anerkennung von Leid, visionäre Führungspersönlichkeiten und gesellschaftliche Akteure, eine Reform der staatlichen Institutionen und institutionalisierte multilaterale Rahmen.

Verbindungen durch Wasserwege verbinden auch Menschen

Wasser ist nicht nur eine wertvolle Ressource, sondern kann auch zum zentralen Faktor für die Versöhnung von Gemeinschaften und Staaten werden. Die Schaffung eines gemeinsamen Wasserwegs, der Deutschland, Frankreich und Luxemburg miteinander verbindet, war ein vorbildliches Beispiel gelebter Versöhnung.



Der deutsche Bundespräsident Heinrich Lübke eröffnet gemeinsam mit der Großherzogin von Luxemburg und dem französischen Präsidenten Charles de Gaulle am 26. Mai 1964 die Mosel als Großschiffahrtsstraße. (Foto mit freundlicher Genehmigung von Alice Ackermann)

Frankreich knüpfte die Rückgabe des Saarlandes an die Bundesrepublik Deutschland an eine Bedingung – die Kanalisierung der Mosel. Nach Verhandlungen kam es 1956 – fünf Monate vor dem Vertrag von Rom, der die Europäische Gemeinschaft begründete – zur Unterzeichnung eines Vertrags zwischen Deutschland, Frankreich und Luxemburg.

Zwischen 1958 und 1964 verwirklichten die drei Moselanliegerstaaten ein gemeinsames Projekt, im Zuge dessen 270 km des Wasserlaufs – von Koblenz bis Thionville – auf Dauer schiffbar gemacht wurden.

Heute ist die Mosel eine der meist befahrenen Wasserstraßen Europas.

Die OSZE fördert die Zusammenarbeit bei grenz-überschreitenden Wasserwegen.

Vertrauensbildung am Dnjestr 2012 kam nicht zuletzt durch einen Beitrag der OSZE die Unterzeichnung eines neuen Vertrags zwischen Moldau und der Ukraine über die nachhaltige Bewirtschaftung des Dnjestr zustande.

Dem Vertrag waren acht Jahre vorangegangen, in denen die

Zusammenarbeit zwischen vielen Akteuren beider Länder, darunter auch aus der Region Transnistrien, immer enger wurde.

Der Vertrag bildet den Rahmen für die Zusammenarbeit in folgenden Bereichen: Vermeidung und Verringerung der Gewässerverschmutzung, Regulierung von Wasserläufen, Erhaltung der Biodiversität sowie Umweltschutz im Schwarzmeerraum.

Als Teil der Umwelt- und Sicherheitsinitiative führten die OSZE, die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa und das Umweltprogramm der Vereinten Nationen gemeinsame Messungen durch, die gravierende Probleme mit der Wasserqualität, einen Rückgang der Biodiversität und eine Verschlechterung der Ökosysteme entlang des Flusses aufzeigten. Die Unterzeichnung des Vertrags war daher ein Gebot der Stunde.

#OSCE

Freiheit online gewährleisten

„Mit dem Skalpell, nicht mit dem Holzhammer“ lautete die Empfehlung, die Dawn Nunciato in ihrem Impulsreferat über „Strategien für die Regulierung des Internet“ auf der OSZE

Internetkonferenz 2013 abgab; die Konferenz fand im Februar in Wien zum Thema „Gestaltung einer Politik zur Förderung der Medienfreiheit“ statt. Kinder und Minderheiten sind unbedingt

vor Missbrauch im Internet zu schützen, lautet das Credo der OSZE Medienbeauftragten Dunja Mijatović. Wenn Staaten eine Regulierung ins Auge fassen, sollten sie überlegen, inwieweit sie notwendig ist und ob es nicht vielleicht eine Alternative gibt. Das von der OSZE herausgegebene Online Media Self-Regulation Guidebook bietet eine Reihe neuartiger Lösungen für die Einbindung der Leser in die Kontrolle der Inhalte an, etwa offene Web Redaktionen oder elektronische Diskussionsforen.



Konventionelle Rüstungskontrolle

„Derzeit droht nirgends in Europa ein Krieg größeren Ausmaßes. Dieser historisch ungewöhnliche Zustand lässt sich möglicherweise mit dem Ende der Auseinandersetzung zwischen Ideologien, der von Atomwaffen ausgehenden Abschreckung und der erfolgreichen Reduzierung der für Überraschungsangriffe geeigneten militärischen Ausrüstung durch den Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa erklären – in letzterem Bereich insbesondere durch die zu Recht gelobte Zerstörung von 72 000 Stück vertraglich begrenzter Ausrüstung. Dennoch müssen wir heute feststellen, dass im OSZE-Raum auf strategischer Ebene erneut ein

ebenso großes wie beunruhigendes Misstrauen um sich greift. Deshalb gilt es zu handeln, um die militärische Transparenz und Berechenbarkeit zu bewahren, die als Krönung der euroatlantischen Sicherheit gelten“, meinte Paul Schulte von der Carnegie-Stiftung beim Sicherheitstag der OSZE am 4. März 2013 in Wien. Schulte durchleuchtete gemeinsam mit anderen Experten die Optionen für einen neuen Ansatz im Bereich der konventionellen Rüstungskontrolle.

Die 57 Teilnehmerstaaten erörtern regelmäßig Fragen der Rüstungskontrolle und militärischen Sicherheit im Forum für Sicherheitskooperation, in dem derzeit Litauen den Vorsitz führt.

Engagement für Afghanistan

In seiner Begrüßung der Gäste des Sicherheitstags am 12. März 2013 in Wien bezeichnete OSZE-Generalsekretär Lamberto Zannier die „Fähigkeit, sich für Afghanistan im größeren Zusammenhang mit der gesamten Region Zentralasien zu engagieren“ als wichtigsten Mehrwert, den die OSZE mit ihrer Hilfe diesem vom Krieg erschütterten Land zu bieten hat.

Seit dem Beschluss der OSZE-Teilnehmerstaaten aus dem Jahr 2011, ihr Afghanistan-Engagement zu erhöhen, hat die OSZE mehr als 30 Hilfsprojekte für ihren Kooperationspartner Afghanistan entwickelt. Sie unterstützt auch den 2011 in Istanbul von Afghanistan und der Türkei eingeleiteten Prozess Heart of Asia unter regionaler Führung und wird mithelfen, drei der sechs vertrauensbildenden Maßnahmen in den Bereichen Drogenhandel, Terrorismus und Bildung umzusetzen, die die Gruppe jüngst in Almaty beschlossen hat.



Über ihre Stabsakademie für Grenzmanagement in Duschanbe, ihr Projekt für Patrouillenplanung und -führung an der Grenze zwischen Afghanistan und Tadschikistan, die OSZE-Akademie in Bischkek und die fünf Feldoperationen in Zentralasien stellt die OSZE für Grenz- und Strafverfolgungsbeamte und junge Beamte aus Afghanistan eine Ausbildung bereit und unterstützt den grenzüberschreitenden Handel.

Sicherheitstage 2013

Bei den Sicherheitstagen der OSZE am 17. und 18. Juni in der Wiener Hofburg hatten geladene Experten und Wissenschaftler, Vertreter von Think Tanks, der Zivilgesellschaft und der Medien aus der gesamten OSZE-Region Gelegenheit, sich mit der Rolle der OSZE im 21. Jahrhundert auseinanderzusetzen. Im Rahmen dieser Veranstaltung fand auch eine sogenannte NightOwl Session für junges Publikum statt.

#secdays

Verkleinerung unseres ökologischen Fußabdrucks

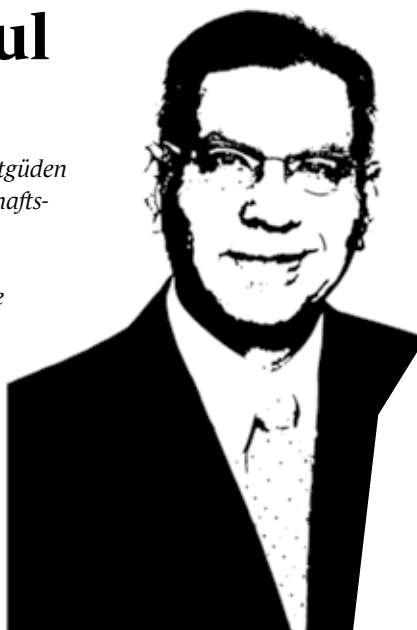
Das diesjährige Wirtschafts- und Umweltforum wird sich dem Schwerpunkt „Vergrößerung von Sicherheit und Stabilität durch Verkleinerung des ökologischen Fußabdrucks der energiebezogene Aktivitäten in der OSZE Region“ widmen. Auf dem zweiten Vorbereitungstreffen für das Wirtschafts- und Umweltforum am 16. April in Kiew wurden unter anderem die Themen Wind- und Solarenergie sowie Wasserkraft und eine verstärkte Rechenschaftspflicht für die traditionelle Rohstoffindustrie erörtert. „Die gute Nachricht lautet, dass die Lösungsansätze für diese Probleme geeignet sind, grüne Arbeitsplätze und grünes Wachstum zu schaffen und unseren Volkswirtschaften einen Innovationsschub zu bringen“, stellte der Amtierende



Vorsitzende der OSZE, der ukrainische Außenminister Leonid Koschara, fest. Die Arbeiten der beiden Vorbereitungstreffen (das erste fand im Februar in Wien statt) werden in die Schlussveranstaltung des Forums vom 11. bis 13. September in Prag einfließen.

Gestatten, Yurdakul Yigitgüden ...

Am 1. Februar 2013 übernahm Dr. Halil Yurdakul Yigitgüden aus der Türkei den Posten des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE. Ursula Froese, verantwortlich für die Redaktion von „Sicherheitsgemeinschaft“, führte mit ihm das folgende Gespräch.



Sie haben in Deutschland in Aachen Bergbautechnik studiert. Wie hat sich das auf Ihre spätere Laufbahn ausgewirkt?

Ich hatte gerade mit meinem Studium in Ankara begonnen, als mir ein Stipendium eines staatlichen Bergbauunternehmens für ein Studium in Deutschland angeboten wurde. Und Aachen hatte eine der besten Hochschulen für Bergbau, also ging ich dorthin. Das Studienprogramm war sehr interessant. Am meisten gefiel mir daran, dass es so breit gefächert war – wir hatten auch viele Vorlesungen in Jura, Nationalökonomie und Betriebswirtschaft. Ich hingte dann noch ein Doktorat an und arbeitete vier Jahre als Dozent und zwei Jahre als Assistent des Dekans. Diese Kombination aus wissenschaftlicher und administrativer Tätigkeit sagte mir sehr zu und war auch sehr nützlich in meiner späteren beruflichen Tätigkeit.

Was machten Sie nach Ihrer Rückkehr in die Türkei?

Drei Jahre lang war ich als Projektingenieur für Etibank tätig, das Unternehmen, das mein Stipendium bezahlt hatte. Dann trat man vonseiten der staatlichen Planungsorganisation mit dem Angebot an mich heran, die Investitionstätigkeit in der Bergbau- und Energiewirtschaft zu fördern und mir das Instrumentarium anzusehen, das andere Länder in diesem Bereich einsetzten. So konnte ich nach Japan reisen, um dort die regionale Entwicklungspolitik zu studieren, weniger entwickelte Regionen wie Shimane, Tottori und die Insel Hokkaido im Norden kennenzulernen und zu sehen, mit welchen Anreizen man die Entwicklung dieser Regionen förderte.

Diese Tätigkeit befriedigte mich sehr. Damals habe ich gelernt – und das ist auch noch für meine heutige Arbeit relevant –, dass Entwicklungsziele immer im Einklang mit den Zielen der Menschen stehen müssen. Andernfalls wird man niemals echte Demokratie bzw. Good Governance erreichen können. Von Menschen, die Hunger leiden, kann man kaum Verständnis für Fragen der globalen Ethik erwarten.

of the people. Otherwise, we will never be able to achieve a real democracy or good governance. If people are hungry, they will not have much understanding for questions of global ethics.

1987 kam ich als Vizepräsident zu Etibank zurück. Und ich war natürlich stolz darauf, dem Unternehmen, das mein Studium finanziert hatte, in einer so hohen Funktion dienen zu dürfen.

Ein neuer Aufgabenbereich tat sich mir auf, als der Minister für Verkehr und Kommunikation mich 1991 zu seinem stellvertretenden Staatssekretär machte. Die nächsten vier Jahre war ich im Ministerium und als Leiter der staatlichen Flughafen- und Luftfahrtbehörde im Bereich Infrastruktur und Zivilluftfahrt tätig.

1995 freute ich mich über meinen Wechsel in die Privatwirtschaft. Als Generaldirektor ging ich nach Istanbul zu Fenis Holding, einem

„Von Menschen, die Hunger leiden, kann man kaum Verständnis für Fragen der globalen Ethik erwarten.“

Mischkonzern, der in den Bereichen Aluminium-profile, Textil und Bauwesen tätig ist – also wieder eine ganz neue Branche für mich. In meinem ganzen Leben hatte ich immer wieder Gelegenheit, Neues zu lernen – wie auch jetzt bei der OSZE!

Von 1997 bis 2003 war ich Staatssekretär im Ministerium für Energie und natürliche Ressourcen, danach arbeitete ich als Konsulent für diverse Projekte, hauptsächlich für internationale Unternehmen, die in der Region tätig werden wollten; danach widmete ich mich einem EU-Projekt für Energieeffizienz und erneuerbare Energie in den Ländern der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft (MEDA). Ich besuchte alle zehn MEDA-Länder und leistete Hilfestellung bei der Anpassung ihrer Rechtsvorschriften an umweltfreundlichere Normen.

Was haben Sie als Staatssekretär im Ministerium für Energie und natürliche Ressourcen erreicht? Mir ging es in erster Linie um die Neustrukturierung des türkischen Energiesektors. Ich glaube wirklich, dass Investitionen im Privatsektor schneller zu Ergebnissen führen und der Gemeinschaft besser dienen. Bei meinem Amtsantritt war die Gas- und Elektrizitätswirtschaft zu 100 Prozent in staatlicher Hand. Heute hat die Privatwirtschaft 45 Prozent davon übernommen. Es gefällt mir sehr, dass sich die Struktur des Marktes verändert hat und wir in Zukunft mehr Wettbewerb erwarten dürfen.

Zweitens wollte ich dazu beitragen, das Ziel der Türkei zu verwirklichen, engere Beziehungen zu den Ländern des südlichen Kaukasus und Zentralasiens herzustellen. Eine sehr interessante Aufgabe. Die Türkei bietet diesen Ländern schon seit den frühen 1990er Jahren Stipendien und Wirtschaftshilfe an. Ich half ihnen, Zugang zu den Weltmärkten zu finden und ihre Energieressourcen zu vermarkten, um ihnen dadurch zu mehr Wohlstand zu verhelfen. Man hat mir vorgeworfen, diese Projekte wären zu teuer, doch hatte ich dabei immer den

„Ich glaube wirklich, dass Investitionen im Privatsektor schneller zu Ergebnissen führen und der Gemeinschaft besser dienen.“

langfristigen Nutzen für mein Land vor Augen. Und das bestätigte sich dann auch: Der Wohlstand in vielen dieser Länder nahm zu, und sie treiben heute mehr Handel und investieren die Einnahmen aus dem Verkauf ihrer Kohlenwasserstoff-Ressourcen – auch in der Türkei..

Was erhoffen Sie sich für Ihre Tätigkeit bei der OSZE?

Ich freue mich darauf, von der Arbeit der OSZE und insbesondere von der Arbeit meines Büros zu lernen. Ich glaube nicht an Wunder und erwarte daher auch nicht, dass man als Leiter einer Dienststelle von heute auf morgen den Kurs radikal ändern und sein Schiff in völlig neue Gewässer steuern kann. Erst muss man Begonnenes zu Ende führen, um dann darauf aufzubauen.

Besonders faszinierend finde ich die für mich erkennbaren Querverbindungen zwischen Sicherheit und Wirtschaftsentwicklung sowie Umweltfragen. Lassen Sie mich ein Beispiel aus unserer aktuellen Tätigkeit auf dem Gebiet des Schutzes kritischer Energieinfrastruktur anführen: Wenn irgendwo Infrastruktur zerstört wird, dann kann das Umweltfolgen haben, die sich ihrerseits negativ auf das Wohlergehen der dort lebenden Menschen auswirken. Ich kenne keine andere

Organisation, die wie die OSZE alle diese Fragen zusammenführt.

Gibt es einen besonderen Bereich, mit dem Sie sich eingehender befassen möchten? Für mich ist die wirtschaftliche Entwicklung der Dreh- und Angelpunkt. Je größer der Fortschritt, desto besser kommt man auch bei den Themen Good Governance, Bekämpfung von Korruption und Menschenhandel usw. voran. Wir müssen mehr tun, um den Teilnehmerstaaten zu helfen, ihre Wirtschaft anzukurbeln und diesen Wohlstand dann gleichmäßiger auf ihre Bürger zu verteilen. Das scheint mir das Wichtigste zu sein. Wir haben vielleicht kein mit den internationalen Wirtschaftsorganisationen vergleichbares Instrumentarium zur Verfügung, doch können wir mit ihnen bei der Verwirklichung dieses Ziels zusammenarbeiten. Wenn wir dann unsere Seminare zu Good Governance abhalten, werden sie verstehen, was damit wirklich gemeint ist, und an unsere Arbeit anknüpfen können. Das wird wiederum uns die Arbeit erleichtern.

„Besonders faszinierend finde ich die für mich erkennbaren Querverbindungen zwischen Sicherheit und Wirtschaftsentwicklung sowie Umweltfragen.“

Mehr zu den OSZE-Aktivitäten im wirtschaftlichen und Umweltbereich unter www.osce.org/eea



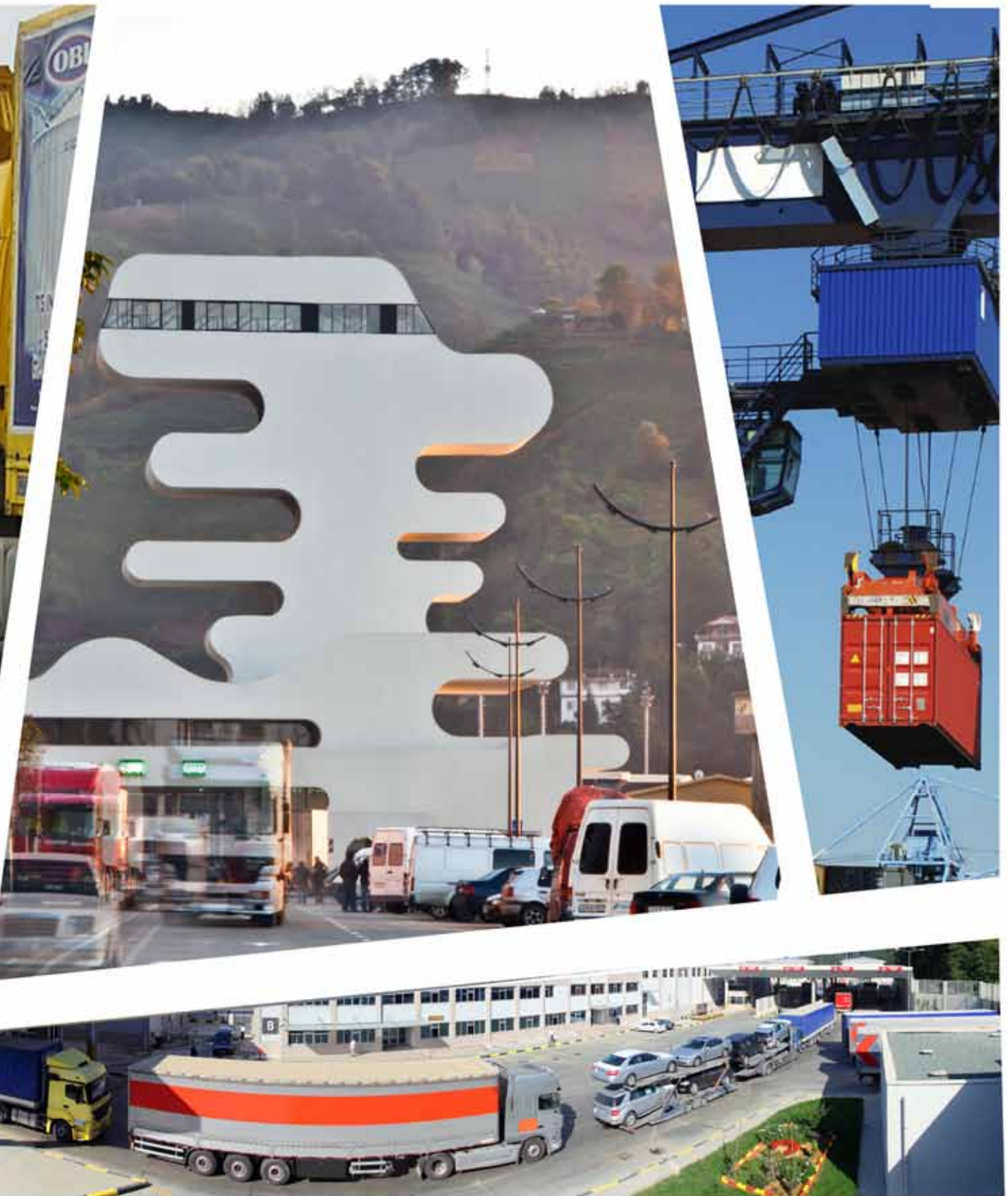
Zeit gewinnen

von Roel Janssens und Ursula Froese

Lange Tage auf der Straße gehören dazu, wenn man für Unternehmen arbeitet, die im grenzüberschreitenden Handel insbesondere mit Binnenländern tätig sind. Einer Untersuchung der Internationalen Straßentransportunion (IRU) zufolge gehen über 40 Prozent der Fahrzeit im Straßengüterverkehr entlang der euro-asiatischen Transportrouten an Grenzübergängen verloren.¹ Das OSCE/UNECE-Handbuch über vorbildliche Methoden für den Grenzübertritt bietet hier Abhilfe. Es liegt nun auch in russischer Sprache vor.

Handbook of Best Practices at Border Crossings – a Trade and Transport Facilitation Perspective ist eine gemeinsame Publikation der OSZE und der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa zu einem breiten Spektrum von Themen rund um das Grenzmanagement: Rechtsinstrumente, behördenübergreifende und internationale Zusammenarbeit, Ausgewogenheit der Sicherheits- und Fördermaßnahmen, Frachtabfertigung, Risikomanagement, Gestaltung von Grenzübergangsstellen, Einsatz von IKT-Techniken, Personalmanagement, Leistungsbeurteilung und Festlegung von Leistungsindikatoren.





Photocredits: Links: Miloš Kosanic; mitte: Georgisches Finanzamt; rechts: iStock; unten: GTI

Azamat M. schaltet seinen mit Garn beladenen LKW herunter, als er sich von der Türkei kommend dem Grenzübergang Sarpi/Sarp nähert, über den er nach Georgien einreisen will. Mehr als 3500 km hat er zurückgelegt, seit er in Taschkent (Usbekistan) aufbrach, um über Turkmenistan und den Iran schließlich in die Türkei zu gelangen. Nur noch wenige Kilometer trennen ihn von seinem Bestimmungsort, der georgischen Hafenstadt Batumi.

Langsam fährt er in die Box, wo die Passkontrolle und die Fahrzeugregistrierung erfolgen, ehe er auf die Wiegestation rollt, wo er seine Papiere vorlegt. Das eigentlich Zollverfahren erfolgt jenseits der Grenze in der neuen Zollabfertigungszone in Batumi. Statt langer Schlangen an der Grenze gibt es jetzt eine gesicherte Station, in der die Fahrzeuge zollmäßig abgefertigt werden, ehe sie ihre Güter beim Kunden abliefern. Azamat parkt und holt sich noch schnell ein Sandwich an der Bude, mit dem er zu seinem LKW zurückkehrt und wieder in die Fahrerkabine klettert. Alles in allem dauert die Verzollung knapp eine Stunde.

Seit 15 Jahren transportiert Azamat Garn in türkische und georgische Häfen. Früher verliefen diese Grenzübertritte allerdings ganz anders: lange Wartezeiten, keinerlei Service. Was heute in ein paar Minuten erledigt ist, dauerte für gewöhnlich viele Stunden, wenn nicht Tage. Heute werden alle Zoll- und sonstigen Grenzverfahren an einem einzigen Schalter abgewickelt – früher stauten sich die Schlangen vor den vier oder fünf verschiedenen Genehmigungsstellen.

Abgesehen von der Frustration, die sie verursachten, verzögerte sich durch diese Wartezeiten auch die Lieferung der Waren, die ihre Märkte wesentlich später erreichten, wodurch sich auch wirtschaftlich gesehen die Distanz



Georgisches Finanzamt

zwischen Taschkent und dem Meer drastisch vergrößerte.

Die Modernisierung der Anlagen in Sarpi/Sarp und an den meisten anderen türkischen Grenzübertrittstellen wird über ein Betreibermodell finanziert, das weltweit bisher einzigartig ist.

Zu dieser Innovation kam es, als sich die Union der türkischen Industrie- und Handelskammern und Warenbörsen (TOBB) mit 137 Kammern und Warenbörsen zur Customs and Tourism Enterprises Inc. (GTI) zusammenschloss und zur Gänze auf eigene Kosten alle Gebäude an den Standorten samt Ein- und Ausreisekontrollstellen, Durchsuchungshallen, Lagereinrichtungen für Schmuggelgut, Wiegestationen und LKW Parkplätzen neu errichtete oder renovierte. Diese wurden mit der neuesten Technik ausgestattet, mit LKW-Röntgen-scannern, Lesegeräten für Smart Cards zur Identifizierung der Benutzer, Überwachungs-kameras und Sicherheitssystemen. Dazu kamen

noch Lebensmittel- und Getränkeläden, Banken, Reiseandenken- und Zollfreiläden als Service für die Benutzer.

Seine Investitionen in das Projekt – bisher rund 200 Millionen USD – holt sich GTI über die Einnahmen aus dem Betrieb der Geschäfte wieder zurück. Die Verwaltung der Einrichtungen wurde in staatliche Hände gelegt.

Der Staatshaushalt wurde durch dieses Projekt nicht belastet: Im Gegenteil, die kommerzielle Tätigkeit der GTI an den Grenzübertrittstellen generierte zusätzliche Steuereinnahmen in Höhe von fast 90 Millionen USD. Die Modernisierung ließ den Handel boomen: An den von GTI modernisierten Grenzübergängen hat sich der Verkehr vervierfacht und beträgt heute jährlich fünf Millionen Fahrzeuge und 15 Millionen Personen.

Die beiden Seiten der Medaille

Grenzsicherheit ist für die OSZE ein wichtiges Thema. Grenzen sind dazu da, um illegale Handels- und terroristische Aktivitäten zu stoppen. Nicht weniger wichtig sind jedoch auch die legalen Handelsströme. Sicherheit und die Erleichterung des Handels sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Das betont auch Martin Marmy, der Generalsekretär der Internationalen Straßen-transportunion (IRU): „Der Straßengüterverkehr ist die einzige Form des Transports, die weltweit alle Waren auf jedem Markt bis an die Haustüre liefern kann. Wenn man dem Straßengüterverkehr Steine in den Weg legt, dann beeinträchtigt man damit die gesamte Wirtschaft.“

Die Modernisierung der türkischen Grenzübergänge ist nur eine der nachahmenswerten Methoden aus dem OSCE/UNECE-Handbuch. Eine weitere ist das automatisierte Risiko-managementsystem, das Georgien für die Zollabfertigung von Frachtgut eingeführt hat. Früher wurde das gesamte Frachtgut, das in Georgien ein- oder ausgeführt wurde, physisch inspiziert. In der Praxis bedeutete das eine oberflächliche stichprobenartige Kontrolle und reichlich Gelegenheit für Bestechung in kleinem Maßstab. Nach dem neuen System werden nur fünfzehn Prozent aller Warentransporte als potenziell riskant eingestuft und in der Folge mehrstufigen Kontrollen unterworfen. Die restlichen 85 Prozent passieren den sogenannten „Grünen Fahrstreifen“, an dem nur die Papiere kontrolliert werden. Damit hat sich die Zeit, die für die Abfertigung der meisten Transporte benötigt wird, von mindestens drei Tagen auf durchschnittlich zwei Stunden verringert. Das Ergebnis waren nicht nur Kosteneinsparungen für Händler und Steuerbehörden, sondern auch ein Anstieg der

Umsätze aus dem Import-umschlag (11 Prozent im Jahr 2012) und eine bessere Aufdeckungsrate. Durch risikobasierte Stichproben können nahezu doppelt so viele Verstöße aufgedeckt werden wie durch die bisherigen physischen Kontrollen.

Eine weitere Möglichkeit, Zeit an den Grenzübergängen zu sparen, ist die Zusammenarbeit zwischen den Zollbehörden. An den Grenzübertrittsstellen zwischen Norwegen und seinen Nachbarn Schweden und Finnland sind die Zollbeamten des einen Staates befugt, die Einhaltung der Zoll-, Export- und Importbestimmungen im Namen der anderen Länder zu kontrollieren. Damit ist es nicht mehr nötig, dass auf beiden Seiten der Grenze Zollämter und -personal vorhanden sind, was Zeit und Geld spart.

Binnenländer

Ein effizienter Straßengüterverkehr ist für alle Länder wichtig, insbesondere aber für Entwicklungsländer, die keinen direkten Zugang zum Meer haben. Ein wichtiger Punkt des von den Vereinten Nationen verabschiedeten und von der OSZE geförderten Aktions-programms von Almaty zur Befriedigung der besonderen Bedürfnisse der Binnen-entwicklungsländer ist die Verbesserung der Infrastruktur und der Verfahren zur Verkürzung der Zeit, in der Waren vom Erzeuger auf den Markt gelangen. Für 2014 ist eine wichtige Überprüfungskonferenz zum Aktionsprogramm von Almaty geplant.

Die Straffung der Verfahren an den Grenzstellen kommt Handel und Wirtschaft und letztlich auch Stabilität und Sicherheit zugute. Manche Länder sind weiter von internationalen Märkten entfernt als andere. Jede Stunde, die beim Gütertransport eingespart wird, bedeutet für jedes von ihnen größeren Wohlstand.

¹ The New Eurasian Land Transport Initiative (NELTI), 2008 - 2011.

Border Crossings HANDBOOK

Das Handbuch wird sowohl von internationalen Organisationen als auch Ausbildungs-einrichtungen ausgiebig genutzt. Die Weltzollorganisation, in der 179 Zollverwaltungen vereinigt sind, verwendet es in ihrem Regionalbüro für Kapazitätsaufbau in Baku und in ihren sechs vernetzten regionalen Ausbildungszentren in der ganzen OSZE Region. Es ist ein Ausbildungsinstrument, das auch in den Lehrgängen der OSZE Stabsakademie für Grenz-management für leitende Beamte aus den Bereichen Zoll, Transport und Handel Verwendung findet. Sogar so weit entfernte akademische Einrichtungen wie das Australian Maritime College der Universität Tasmanien benutzen dieses Handbuch im Unterricht.

Die OSZE hielt zu diesem Handbuch gemeinsame Veranstaltungen mit der UNECE, dem Sekretariat der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation und dem Verkehrskorridor Europa-Kaukasus-Asien ab. Am wichtigsten ist jedoch, dass es in den Zollbehörden selbst Verwendung findet. „Wir nutzen es als Referenzwerk und Orientierungshilfe für Projekte und Studien zur Modernisierung von Grenzübertrittsstellen und zur Vereinfachung der Zoll-verfahren“, erläutert Didem Dirlik, Abteilungsleiter in der Generaldirektion für EU- und externe Beziehungen im türkischen Ministerium für Zoll und Handel.

Das Handbuch ist auf Englisch und Russisch erhältlich und soll schon bald in albanischer, serbischer und mazedonischer Sprache erscheinen.

Roel Janssens ist Wirtschaftsberater im Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE im OSZE-Sekretariat in Wien. Ursula Froese ist verantwortlich für die Redaktion von „Sicherheitsgemeinschaft“.

Zum Thema Binnenentwicklungsländer in der OSZE siehe auch den Artikel von Roel Janssens und Susanna Loof im OSZE-Magazin, Ausgabe Juni/Juli 2007.



Aus dunkler Vergangenheit in eine lichte Zukunft

Historische Versöhnung

Die OSZE befasst sich mit dem Thema, wie man durch die Auseinandersetzung mit dem schweren Erbe der Vergangenheit wieder mit Zuversicht in die Zukunft blicken kann. Das Konfliktverhütungszentrum veranstaltete am 18. Dezember 2012 einen Workshop zum Thema „Versöhnung als wesentlicher Baustein für die Errichtung einer Sicherheitsgemeinschaft“ (www.osce.org/reconciliation). „Versöhnung eröffnet die Chance, den Teufelskreis der Feindschaft zu durchbrechen“, sagte der Generalsekretär der OSZE, Lamberto Zannier. Auf den folgenden Seiten kommen einige der Teilnehmer an diesem Workshop zu Wort.

Risse kitten

von Matthew Rojansky

Die Schlussakte von Helsinki 1975 der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa bedeutete für die Menschen und Staaten in Nordamerika, Europa und Eurasien einen Wendepunkt. Zum ersten Mal bekannten sich die Vertreter der Region einstimmig zu den Grundprinzipien der gemeinsamen Sicherheit und damit zu der Erkenntnis, dass ihre eigene ebenso wie die Sicherheit anderer in der Region der Zusammenarbeit bedarf. Genauso wichtig war die Feststellung der Konferenz, dass die drei Schlüsseldimensionen der Sicherheit – die politisch-militärische, die Wirtschafts- und Umweltdimension sowie die menschliche Dimension – untrennbar miteinander verwoben sind.

Die Delegierten dieser Konferenz 1975 hätten sich allerdings kaum vorstellen können, dass sich die Politik der einzelnen Staaten und die internationalen Beziehungen in der Region in einigen wenigen Jahrzehnten so rasant entwickeln würden, dass man heute mit Fug und Recht sagen kann, dass eine Sicherheitsgemeinschaft – ein Raum, in dem es zu keinem Krieg mehr kommen kann – zwischen den OSZE-Staaten in greifbare Nähe gerückt ist.

Trotz der enormen Fortschritte gibt es nach wie vor ernst zu nehmende Hindernisse, die dem Aufbau einer derartigen Gemeinschaft im Wege stehen. Allgemein gesagt, ist für diese Hindernisse das mangelnde Vertrauen zwischen und innerhalb der Staaten und Gesellschaften verantwortlich. Dieses fehlende Vertrauen behindert die konkreten Schritte, die für die Schaffung eines vertrauensvollen Klimas notwendig und die Voraussetzung für eine Sicherheitsgemeinschaft sind. Die Feststellung, dass dieses Misstrauen zwischen den Staaten zum großen Teil von bitteren Erfahrungen in der Vergangenheit herrührt, die die Beziehungen auf allen Ebenen nach wie vor durch latente Spannungen belasten, ist weder überraschend noch übertrieben. Damit in der euroatlantischen und eurasischen Region eine Sicherheitsgemeinschaft entstehen kann, ist historische Versöhnung der dringend notwendige nächste Schritt.

Schwierig aber unerlässlich

Was genau ist unter historischer Versöhnung zu verstehen? Am einfachsten beginnt man mit dem, was damit nicht gemeint ist: Historische Versöhnung bedeutet weder die Herbeiführung ungetrübter Harmonie noch die Beseitigung aller Differenzen innerhalb oder zwischen den Staaten und Gesellschaften und auch nicht die bloße Abwesenheit von Krieg oder Konflikt.¹ Vielmehr handelt es sich dabei um einen kontinuierlichen Prozess, in dem Gruppen gemeinsam die historischen Ursachen

des Misstrauens ergründen, die Spannungen entstehen lassen, und schrittweise aber stetig von Konfrontation zur Zusammenarbeit, ja sogar Freundschaft finden.

Historische Versöhnung ist in der euroatlantischen Region also nicht nur eine rein akademische Übung oder ein Instrument der retrospektiven Analyse. Sie ist eine Antwort auf drängende Herausforderungen und destruktive Konflikte, die Frieden und Wohlstand im Wege stehen. Man bedenke nur, wie sehr das Misstrauen und die Schuldzuweisungen, die die Traumata der Vergangenheit im kollektiven Gedächtnis hinterlassen haben, einer möglichen Partnerschaft zwischen so engen Nachbarn wie Russland, der Ukraine und den baltischen Staaten im Wege stehen; wie sehr sie im gesamten postsowjetischen Raum das Wachstum und die Entwicklung von Übergangsgesellschaften verzögern und verhindern, dass die Voraussetzungen für eine dauerhafte Lösung verschleppter Konflikte wie in Moldau, Berg-Karabach und Zypern geschaffen werden. Einfacher ausgedrückt könnte man sagen, dass die Nichtaufnahme historischer Versöhnungsprozesse zu teuer kommt, als dass sie einen Aufschub dulden würde.

Die Binsenweisheit „Die Zeit heilt alle Wunden“ gilt nicht für schwelende historische Konflikte. Im Gegenteil: Mit den Jahren verschwinden sowohl die

Menschen, die Zeitzeugen kontroverser Ereignisse waren und Auskunft darüber geben könnten, als auch die einzigartige Empathie, an der man jene erkennt, die Unmenschliches erlitten haben. Sie machen schrittweise nachkommenden Generationen Platz, für die umstrittene historische Ereignisse im besten Fall überlieferte Erinnerungen und im schlimmsten Fall stark mythologisierte Opfernarrative sind.

Doch selbst die überlieferten Erinnerungen haben ihre Tücken. Ihre Sprengkraft ist deshalb so groß, weil sie von den jüngeren Generationen schwarz-weiß, im Wesentlichen in abstrakten Begriffen aufgenommen werden, wobei es ihnen weitgehend am Verständnis für die Komplexität und den moralischen Zwiespalt fehlt, das diejenigen aufbringen, die diese Zeit erlebt haben. Für manche Gesellschaften, insbesondere in Ost- und Mitteleuropa, die nach Jahrzehnten der Fremdherrschaft um eine starke eigenstaatliche Tradition ringen müssen, wurden gerade die mythologisierten Opfernarrative der Vergangenheit zum Anker ihrer nationalen Identität in der Gegenwart.

Wenn also die historische Versöhnung ganz offensichtlich eine notwendige Voraussetzung für die Lösung von Konflikten ist, die einer friedlichen Zusammenarbeit und Entwicklung im Wege stehen, dann stellt sich die Frage, warum man sich nicht schon längst allerorten darum bemüht. Die einfache Antwort lautet, dass kein Versöhnungsprozess schematisch verläuft; er setzt in unterschiedlichen Phasen ein und scheint manchmal jahrelang Rückschritte zu machen, ehe erkennbare Fortschritte möglich

sind. Die komplexere Begründung lautet, dass man nur schwer aus einem Kreislauf des Misstrauens herauskommt, in dem ein Gefühl der Unsicherheit das Vertrauen nicht aufkommen lässt, das auf beiden Seiten notwendig ist, um den ersten Schritt oder Vorschläge zu machen oder die von der Gegenseite gemachten richtig zu verstehen und zu bewerten.

Es ist dennoch nicht unmöglich. In den Fällen, in denen es funktionierte, entsprang die unmittelbare Motivation dazu meist einem überlebenswichtigen nationalen Interesse – wenn etwa führende Politiker die Notwendigkeit, Konflikte mit Nachbarn zu lösen, als unausweichlich erkennen – verbunden mit einem moralischen Imperativ, der oft von mutigen geistigen Führern oder Bürgergruppen aus der Überzeugung heraus vertreten wird, dass Versöhnung einfach „richtig“, eine Glaubensfrage ist. Man erinnere sich nur an das Schreiben der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Mitbrüder aus dem Jahr 1965, in dem viele den Anfang des Versöhnungsprozesses zwischen Polen und Deutschland sehen. In jedem Fall braucht es eine couragierte Führung, die den Versöhnungsprozess gegen die nicht ausbleibenden Angriffe von allen Seiten verteidigen und weiterführen muss.

In der Praxis kannder Durchbruchin einem historischen Versöhnungsprozess ganz unerwartet kommen. Er kann durch eindramatisches Ereignisausgelöst werden, wie im Fall des Absturzes einer polnischen Passagiermaschine bei Smolensk in Russland, den keiner der an Bord befindlichen hohen Regierungsvertreter einschließlic des

„Wenn also die historische Versöhnung ganz offensichtlich eine notwendige Voraussetzung für die Lösung von Konflikten ist, die einer friedlichen Zusammenarbeit und Entwicklung im Wege stehen, dann stellt sich die Frage, warum man sich nicht schon längst allerorten darum bemüht.“

„Der Frieden kommt so sanft wie Tau“

– William Butler Yeats

Versöhnung findet im ganzen OSZE-Raum statt. Nach Konflikten aus alter oder neuerer Zeit ist sie ein Werk der Geduld und Beharrlichkeit.



Das Karfreitagsabkommen, das in **Nordirland** eine neue Ära der konstruktiven Versöhnung einleitete, war das Ergebnis dreißigjähriger Friedensarbeit.

Deutschland und Frankreich feierten in diesem Jahr ein halbes Jahrhundert der Freundschaft.

Die polnisch-russische Kommission für schwierige

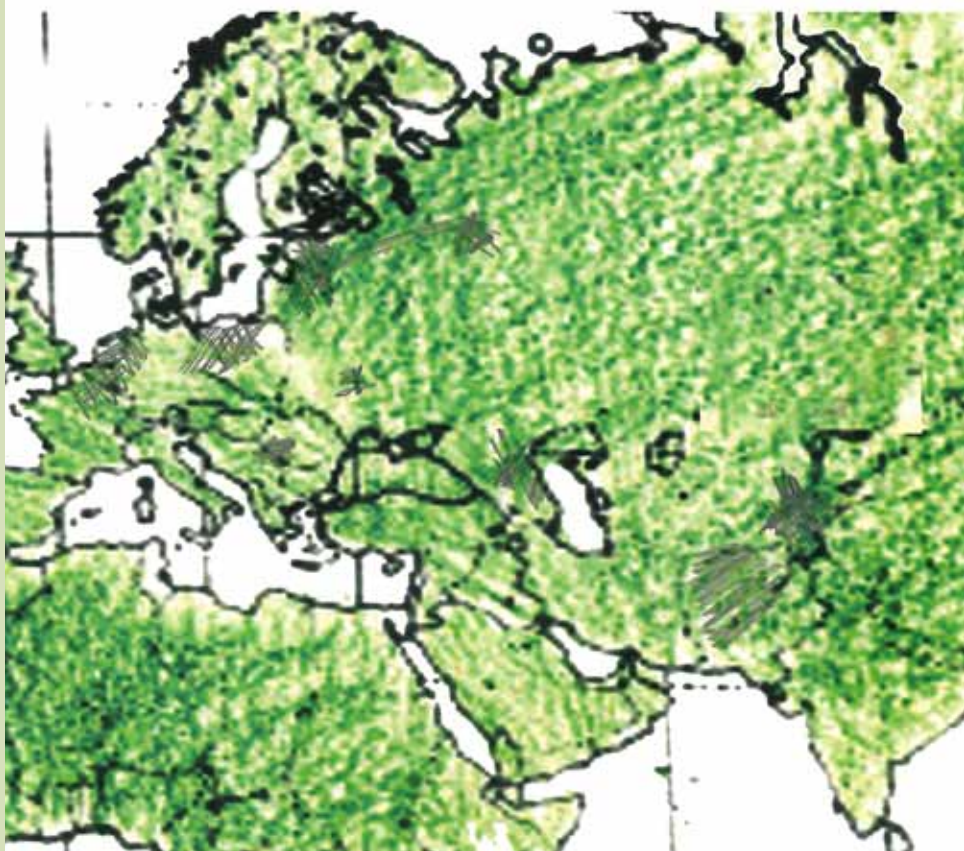
Fragen arbeitet an der historischen Versöhnung ihrer beiden Länder.

In den **baltischen Staaten** muss Versöhnung unvereinbare Narrative über die zweifache Besatzungszeit unter dem Nazi- und dem Sowjetregime bewältigen.

Serbien und Kosovo schlossen am 19. April 2013 ein lange erwartetes Abkommen über die

Aufteilung der Macht im Nordkosovo.

Arbeitsgruppen zu Themenkreisen wie Umwelt, Telekommunikation, Gesundheit, Verkehr und Strafverfolgung bauen Vertrauen zwischen **Chisinau und Tiraspol** auf.



Die zur Unterstützung der internationalen Genfer Gespräche entwickelten Wasserprojekte auf beiden Seiten der Trennlinie zwischen **Südossetien und Georgien** können ein erster Schritt auf dem Weg zur Versöhnung sein.

Berg-Karabach: „Die führenden Vertreter der Parteien müssen ihre Bevölkerungen auf den Tag vorbereiten, an dem sie nicht mehr Feinde sondern wieder

Nachbarn sind“, erklärten die Außenminister der Kovorsitzländer der Minsk-Gruppe der OSZE am 6. Dezember 2012 in Dublin.

Im Nachkriegs-**Tadschikistan** diskutieren Amtsträger, die Zivilgesellschaft, politische Parteien, religiöse Organisationen und Medien im Sozialen Partnerschaftsklub über

Sicherheit, Wirtschaftsentwicklung und soziales Gleichgewicht.

Afghanistan wird einen umfassenden und niemanden ausschließenden Versöhnungsprozess aufnehmen müssen, um nach dem Abzug der NATO-Truppen 2014 das Land zum Frieden und zu nationaler Einigkeit zu führen.

Präsidenten überlebte. In diesem Fall waren die Grundlagen für einen historischen Versöhnungsprozess bereits vorhanden und das Unglück war ein dramatischer Weckruf für eine bislang auf beiden Seiten gleichgültige Öffentlichkeit, die weder die traumatische Auswirkung auf die polnische Bevölkerung noch die symbolische Verknüpfung mit dem Massaker von Katyn 1940 herunterspielen oder leugnen konnte. Manchmal waren diese Momente des Durchbruchs auch das Ergebnis einer entschlossenen Planung und Führung: Man denke nur an den berühmten Kniefall Willi Brandts vor dem Denkmal des Warschauer Ghettos, die Besuche anderer deutscher Politiker an Gedenkstätten in ganz Mittel- und Osteuropa, die türkisch-armenische Fußballdiplomatie, gegenseitige viel beachtete Besuche von Präsidenten, Parlamenten und religiösen Oberhäuptern sowie an andere Gesten mit Symbolcharakter oder Gedenkveranstaltungen. Sogar anonyme Aktionen können einen Durchbruch bewirken, wie das Durchsickern von Staatsgeheimnissen oder die Weitergabe geheimer Dokumente aus Archiven, deren Wirksamkeit dann allerdings von der Freiheit und Integrität der Medien und des öffentlichen Diskurses abhängt.

Den Prozess voranbringen

Ist die dringende Notwendigkeit einer historischen Versöhnung erst einmal erkannt und der Kreislauf des Misstrauens zumindest unterbrochen, haben Gesellschaften verschiedenste Mechanismen zur Auswahl, mit deren Hilfe sie den eigentlichen Versöhnungsprozess voranbringen können. Erfolgreiche Versöhnungsprozesse weisen allerdings häufig einige Gemeinsamkeiten auf. An allen sollten möglichst viele der am Versöhnungsprozess interessierten Staaten oder subnationalen Gruppen auf Grundlage der Wechsel- bzw. Gegenseitigkeit beteiligt sein.

Erstens muss der Prozess das Ziel verfolgen, die Wahrheit ans Licht zu bringen und zu dokumentieren. Das heißt nicht nur, durch forensische historische oder archäologische Nachforschungen Fakten und Zahlen zu ermitteln, sondern auch die Aussagen von Zeitzeugen aller Seiten, auch die Gedanken und Gefühle der Nachkommen der Betroffenen im Gedächtnis zu verankern. Dieser gründliche und sorgfältige Prozess der Wahrheitssammlung muss qualitativ hochwertig sein und zugleich die Beteiligung der Öffentlichkeit ermöglichen; er sollte nicht hinter den verschlossenen Türen der wissenschaftlichen Geschichtsforschung verborgen bleiben. Dabei spielen viele unter fachkundiger Leitung und Aufsicht eingesetzte Methoden eine Rolle, wie der Austausch zwischen Studierenden und Fachleuten, Filme, Kunst- und Kulturausstellungen, ja sogar öffentliche Befragungen; sie helfen in einem solchen Prozess der Wahrheitsfindung mit,

über die Eliten und Juristen hinaus das gesamte Gemeinwesen einzubeziehen. Im Idealfall sollte der Prozess auch mit dem Segen und der Billigung der Regierungen beider Seiten erfolgen, allerdings ohne deren Intervention oder politische Vereinnahmung.

Zweitens sollte der Prozess ein deutlich sichtbares Element von Rechenschaft umfassen, das an die Stelle von Amnestie und Vergessen tritt. In so gut wie allen Fällen, in denen – insbesondere in Europa – versucht wurde, nach der Devise „vergeben und vergessen“ zu handeln, erwies sich dieser Imperativ als Belastung für eine erfolgreiche Versöhnung. Sogar Spanien, berühmt für seinen „Pakt des Vergessens“ der Post-Franco-Ära, kann sich heute nicht mehr der Notwendigkeit entziehen, die Versöhnung zu weit zurückliegenden Ereignissen des Bürgerkriegs von 1936 bis 1939 in Angriff zu nehmen. Es ist aber nicht sinnvoll, Rechenschaft als eine Art rechtlicher Verantwortung, schon gar nicht für so lange zurück liegende Ereignisse, zu verstehen – man sollte sich im Gegenteil davor hüten. Besonders wichtig ist auch die Einhaltung des biblischen und juristischen Grundsatzes, dass Kinder nicht für die Sünden der Eltern bestraft werden, und wenn die Verantwortung wirklich von einer ganzen Gesellschaft getragen wird, so ist darunter kollektive Verantwortung, nicht aber kollektive Schuld zu verstehen. Damit sich alle Seiten produktiv und zufriedenstellend beteiligen, muss sichergestellt sein, dass die diejenigen, die für ihre Taten einzustehen bereit sind, nicht als Folge des Wahrheitsfindungsprozesses rückwirkende Strafverfolgung, Enteignung, die Herabwürdigung in Ehren gehaltener Vorfahren oder langwierige gerichtliche Auseinandersetzungen befürchten müssen. Natürlich müssen Einzelpersonen die Möglichkeit haben, selbst Rechtsmittel zu ergreifen, doch sollte die im Versöhnungsprozess zutage geförderte Wahrheit vor Gericht keinen besonderen Beweiswert haben, damit Sinn und Praxis der historischen Versöhnung konsequent der moralischen Dimension der Wahrheit und Verantwortung verpflichtet bleiben.

Schließlich und endlich sollten – auch wenn es in keinem Prozess der historischen Versöhnung einen einzigen definitiven Endpunkt gibt – alle Beteiligten übereinkommen, sich innerhalb eines vernünftigen Zeitrahmens wieder einer gemeinsamen Zukunftsagenda zuzuwenden, damit das durch den Versöhnungsprozess gestärkte Vertrauen in eine allen Seiten nutzbringende konkrete Zusammenarbeit umgemünzt werden kann. Dieser Fortschritt wird auch skeptischen Teilnehmern und Beobachtern die Sicherheit geben, dass der Versöhnungsprozess nicht dem Zweck dient, Sieger und Besiegte festzustellen. In den Beziehungen zwischen Individuen, Gruppen oder Nationen, die Opfer einer gemeinsamen traumatischen Geschichte sind, werden

immer Sensibilitäten zurückbleiben, doch sollte es mithilfe einer behutsamen Umsetzung der hier beschriebenen Mechanismen im Laufe der Zeit möglich sein, Freundschaft und sogar Normalität an die Stelle von Feindseligkeit und Entfremdung treten zu lassen.

Auch das Engagement unterschiedlichster Arten von Institutionen kann die Versöhnung erleichtern. Es kann hilfreich sein, Expertengruppen oder andere institutionelle Strukturen zur Unterstützung der an diesem Prozess Beteiligten – ob Staaten oder subnationale Gruppen – einzusetzen, die sich ihrerseits auf formeller oder informeller Ebene ausländische Partner suchen können. Der Wahrheitsfindung und Verantwortung durch Versöhnung verpflichtete Gruppen, wie die beiden Zentren für polnisch-russischen Dialog und Verständigung in Warschau und Moskau, tragen schon alleine dadurch, dass sie dem Problem gezielt Ressourcen und Expertise widmen, dazu bei, den Versöhnungsprozess über die Zeit in Gang zu halten.

Eine Rolle für die OSZE?

Hier setzt nun die entscheidende Rolle der OSZE an, die diese bei künftigen Versöhnungsprozessen im gesamten euroatlantischen und eurasischen Raum spielen kann. Im Sinne der Schlussakte von Helsinki und nachfolgender Erklärungen hat die OSZE schon jetzt den Auftrag, die Ursachen von Spannungen zu beseitigen und „Vertrauen zwischen [den Teilnehmerstaaten] zu stärken und somit zur Erhöhung der Stabilität und Sicherheit in Europa beizutragen“. Gemäß diesem Mandat könnte die OSZE offiziell anerkennen, dass in der Vergangenheit erlittenes Leid Konflikte schürt, und sich als unabhängiger und neutraler Verwahrer von Dokumenten und Best Practices für historische Versöhnung sowie als Veranstaltungs- und Dialogplattform – vielleicht unter der Schirmherrschaft eines neuen Sonderbeauftragten des OSZE-Vorsitzes – zur Verfügung stellen. Ein solcher Beauftragter könnte Kontaktgruppen zu Schlüsselkonflikten für Vertreter der Zivilgesellschaft der betroffenen Länder einberufen und sich besonders um die

Einbindung junger Menschen in den Prozess bemühen. Der Vorsitz könnte erste Schritte zu historischen Versöhnungsprozessen auch dadurch unterstützen, dass er geachtete Persönlichkeiten aus der gesamten euroatlantischen Region zum Austausch vorbildlicher Methoden mit ihren Amtskollegen einlädt, und selbst mit gutem Beispiel vorangeht, indem er sich für die Versöhnung im eigenen Lande und mit dessen Nachbarn einsetzt.

Historische Versöhnung ist weder eine goldene Regel noch das Patentrezept für mehr Sicherheit oder die Schaffung einer bestandfähigen Sicherheitsgemeinschaft im OSZE-Raum. Mit großer Sicherheit jedoch ist sie ein notwendiger erster Schritt. Tief verwurzeltes Leid der Vergangenheit schürt anhaltendes Misstrauen zwischen den Staaten einer Region, das seinerseits die Vorstellung einer kohärenten und inklusiven Sicherheitsgemeinschaft für die gesamte Region infrage stellt. Mit dem entsprechenden politischen Willen und dem Einsatz einiger der hier beschriebenen Strategien eröffnen historische Versöhnungsprozesse die realistische Chance, das Misstrauen zu beseitigen und die euroatlantische und eurasische Region in eine dauerhafte Sicherheitsgemeinschaft zu verwandeln.

Matthew Rojansky ist stellvertretender Leiter des Programms für Russland und Eurasiens der Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden.

1. Für Einsichten in die Grundprinzipien und –zusammenhänge der historischen Versöhnung möchte sich der Autor bei den distinguierten Mitgliedern der Arbeitsgruppe für historische Versöhnung der EASI Kommission bedanken, insbesondere bei Rene Nyberg, Adam Daniel Rotfeld und Istvan Gyarmati. Ebenfalls möchte er Lily Gardner Feldman vom American Institute of Contemporary German Studies seine Dankbarkeit aussprechen. Die vorliegende Analyse setzt ihre überaus wertvolle Arbeit auf dem weiteren Gebiet der Versöhnung voraus. [Siehe oben S. 6.]

Versöhnung: Worauf es ankommt

Ein individueller Ansatz

von Adam Daniel Rotfeld

Dr. Adam Daniel Rotfeld ist der polnische Kovorsitzende der Gruppe für schwierige Angelegenheiten zwischen Polen und Russland. Dieser Artikel ist ein Auszug aus einem Vortrag, den er bei dem OSZE-Workshop „Zu einer Versöhnungsstrategie im OSZE-Raum“ am 18. Dezember 2012 in Wien hielt.

Jeder Konflikt ist ein Sonderfall. Konfliktverhütung und –bewältigung erfordern einen ganzheitlichen Ansatz, der der Situation in all ihrer Komplexität, ihrer Vielschichtigkeit und Dynamik gerecht wird. Und es müssen konkrete Formen für eine institutionelle Verankerung des Versöhnungsprozesses gefunden werden.

Der Versöhnungsprozess zwischen Polen und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg wurde vor allem durch ein Umdenken in Deutschland und in den Köpfen der Deutschen möglich. Das Dritte Reich hatte den Krieg verloren, und die Besatzungsmächte verordneten die Entnazifizierung des öffentlichen Lebens. In Deutschland taten sich verantwortungsbewusste politische Kräfte zusammen, um gemeinsam die Nazivergangenheit zu bewältigen, die Verbrecher ihrer gerechten Strafe zuzuführen und gute Beziehungen zu allen Nachbarn in Ost und West aufzubauen. Auch in Polen haben sich Land und Leuten von Grund auf gewandelt. Damit diese Veränderungen jedoch von Dauer sind, bedarf der gesamte Prozess einer institutionellen Verankerung und anhaltender Bemühungen in allen nur möglichen Bereichen.

Der Aufbau gutnachbarlicher Beziehungen zwischen Polen und Russland muss jedoch von einer anderen Basis und anderen Kriterien ausgehen. Die Sowjetunion hat den Krieg nicht verloren, sondern war im Gegenteil einer der großen Sieger. Für Millionen von Russen ist der Sieg untrennbar mit dem Namen Josef Stalin

verbunden. Doch der Diktator war für zahllose Verbrechen vor, während und unmittelbar nach Ende des Krieges verantwortlich. Es waren hauptsächlich Russen und Angehörige anderer, in der Sowjetunion ansässiger Nationalitäten, die Opfer der Massenvernichtung unter Stalin wurden. Anders gesagt, hinterließ diese Zeit in der russischen Bevölkerung die tiefe Überzeugung, nicht Täter, sondern Opfer gewesen zu sein. Aus psychologischer Sicht gibt es keine Gemeinsamkeit zwischen der Einstellung der

Deutschen zu Hitler und der NSDAP und derjenigen der Russen zu Stalin und den Bolschewiken.

Der Versöhnungsprozess zwischen Polen und Deutschen verlief also ganz anders, als der derzeitige Dialog zwischen Polen und Russen. In beiden Fällen jedoch war der entscheidende Punkt die Anerkennung einer allgemeingültigen Moral und politischer Werte sowie die Aufrichtigkeit im Umgang mit der Zukunft.

Friedliche Lösungen für die blutigen Konflikte auf dem Gebiet der Nachfolgestaaten des Sowjetreichs, wie etwa im Kaukasus und in Transnistrien, erfordern einen völlig anderen Ansatz als die Versöhnung mit Polen. Dort haben die Konfrontationen ihre Wurzel in der



Gegenwart, nicht in der Vergangenheit – in den Reibungsflächen zwischen ethnischen, nationalen, religiösen und sprachlichen Gruppen. Zu den wiederauflebenden Feindseligkeiten aus vergangenen Zeiten kommen die Folgen politischer Entscheidungen der Bolschewiken, Unterdrückung und Verfolgung von Minderheiten und die Entwurzelung ganzer Völker (Krimtataren, Tschetschenen, Wolgadeutsche), denen von Stalin fehlende Loyalität gegenüber der UdSSR unterstellt wurde, was ihr Los besiegelte. Die kommunistischen Behörden bedienten sich ähnlicher Argumente, um nach der Annexion der baltischen Staaten durch die Sowjetunion die Massendeportationen von Esten, Letten und Litauern nach Sibirien und Zentralasien zu rechtfertigen.

Man muss sich davor hüten, die Methoden und Denkweisen aus der Zeit des Kalten Kriegs auf neue politische Verhältnisse und Erfordernisse anzuwenden. Übernommenes historisches Misstrauen muss einem Vertrauen Platz machen, das auf gemeinsamen Interessen, Transparenz und Berechenbarkeit beruht.

Was notwendig ist, sind raschere und entschlossener Bemühungen, um drohende Krisen am Ausbrechen zu hindern. Hier ist auch ein entschlosseneres Engagement der internationalen Staatengemeinschaft gefordert. Die größte Herausforderung liegt heute darin, zu verhindern, dass in den jungen, ihre nationale Identität suchenden Staaten aggressiver Nationalismus und Chauvinismus den Nährboden für politischen Populismus bilden. Eine Identitätspolitik sucht eher die Abgrenzung als gemeinsame Werte und historische Wurzeln.

Staaten, insbesondere Großmächte, instrumentalisieren multilaterale Sicherheitsorganisationen für ihre eigenen nationalen Strategien, ohne sich jedoch im Gegenzug diesen gemeinsamen Sicherheitsinstitutionen verpflichtet zu fühlen.



Mehr zum Thema: *White Spots-Black Spots. Difficult Issues in Polish-Russian Relations 1918 – 2008* (Warschau/Moskau, 2010). Hgs. Adam D. Rotfeld und Anatoly W. Torkunov, Kovorsitzende der Gruppe für schwierige Angelegenheiten zwischen Polen und Russland. Englische Übersetzung Pittsburgh University Press.

Die ganze, komplexe Wahrheit

von Ainars Lerhis

Dr. Ainars Lerhis ist Professor am Institut für lettische Geschichte an der Universität von Lettland in Riga.

Unglücklicherweise gibt es in Bezug auf die Geschichte Lettlands nicht nur ein soziales Gedächtnis, sondern deren zwei – und sie polarisieren die Gesellschaft. Dass Lettland im Zweiten Weltkrieg sowohl von Nazi-Deutschland als auch von der Sowjetunion besetzt wurde, wird von der Mehrheit der Bevölkerung anerkannt. Doch ein Teil der Gesellschaft (größtenteils Menschen, die zwischen 1940 und 1999 nach Lettland kamen) tut das nicht. Manche versuchen sogar, die Verbrechen des Sowjetregimes durch dessen Sieg über den Nationalsozialismus zu rechtfertigen. Das macht eine Versöhnung so schwierig.



Dabei ist es ganz wichtig, zu erforschen, was den Opfern widerfahren ist, und sowohl die Verbrechen der Nationalsozialisten als auch der Kommunisten zu benennen und zu verurteilen. In manchen postkommunistischen Gesellschaften gibt es zahlreiche Opfer des Kommunismus, die keinerlei Wiedergutmachung erhielten, ja nicht einmal das Eingeständnis von Schuld und Reue. Dort kommt es immer wieder vor, dass die Täter freigesprochen, ja sogar für ihre Verbrechen ausgezeichnet werden. Manche Medien treten für eine

Versöhnung ein, während andere Legenden reproduzieren, in denen diese Verbrechen verherrlicht werden. Die Tatsache, dass die Medien zur Verbreitung einseitiger Geschichtsinterpretationen benutzt werden, trägt in Lettland nicht zur Konsolidierung und historischen Versöhnung bei, sondern treibt einen Keil in die Gesellschaft.

In Ländern, die im zwanzigsten Jahrhundert

mehr als ein totalitäres Regime erlebten, bewirkt jedes Herangehen an die eigene Geschichte, das nur ein Regime verurteilt und das andere von jeder Schuld freispricht, unausweichlich eine öffentliche Auseinandersetzung darüber, wie das Erbe des jeweils anderen Regimes zu bewerten ist. Doch ohne Wahrheit und Gerechtigkeit gibt es keine Versöhnung.

Die Öffnung der Archive ist eine wichtige Voraussetzung für eine Versöhnung mit der Geschichte. Es darf nicht mehr sein, dass politisch einäugige Historiker Einsicht in nicht öffentlich zugängliche Dokumente erhalten und gesondert verwahrte Dokumente aus geschlossenen Archiven ausgraben, die dann für Propagandazwecke und

Auseinandersetzungen eingesetzt werden.

Seit 1998 beschäftigt sich die Lettische Historikerkommission eingehend mit den schwierigen Fragen der lettischen Geschichte im 20. Jahrhundert. Gegenstand ihrer Forschungen sind die folgenden Themen: Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die von 1940 bis 1941 (erste sowjetische Besatzung) auf lettischem Boden verübt wurden; Verbrechen gegen die Menschlichkeit unter nationalsozialistischer Herrschaft (1941 bis 1945); der Holocaust unter nationalsozialistischer Besatzung; Verbrechen gegen die Menschlichkeit unter der zweiten sowjetischen Besatzung (1945 bis 1991).

2011 wurde eine weitere Kommission ins Leben gerufen, die Gemeinsame

bilaterale lettisch-russische Historikerkommission. Die Gruppe von Wissenschaftlern aus beiden Ländern traf sich erst kürzlich im November 2012 in Riga, um ihre geplante erste Zusammenstellung von Dokumenten zum Thema „Beziehungen zwischen Lettland und der Sowjetunion in der Zeit zwischen dem ersten und dem zweiten Weltkrieg“ zu erörtern.

Jede Versöhnung setzt einen schwierigen und komplizierten Prozess voraus, der auch die Anerkennung der Tatsache umfasst, dass Verbrechen stattgefunden haben, die untersucht und beurteilt und schließlich eingestanden und vergeben werden müssen.



Der Forschungsbericht der Lettischen Historikerkommission umfasst insgesamt 27 Bände und kann über die Website des Präsidenten von Lettland unter www.president.lv eingesehen werden.

Mehr als ein ausgehandelter Friede

von Ayscha Hamdani

Ayscha Hamdani ist unabhängige Konsultantin und ehemalige politische Beraterin der NATO und der EU in Afghanistan.

In Afghanistan kam es erstmal unter Präsident Mohammed Nadschibullah zu einem als „nationale Versöhnung“ bezeichneten Prozess. Im Grunde war es der Versuch einer Teilung der Macht, der nicht nur scheiterte, sondern den bereits bestehenden Konflikt weiter anfachte. 1996 erklärte Nadschibullah kurz vor seiner Hinrichtung: „Die Afghanen machen immer wieder denselben Fehler.“

Siebzehn Jahre danach scheint sich

die Geschichte zu wiederholen. Was Präsident Nadschibullah mit den Mudschaheddin versuchte, versucht Präsident Karsai nun mit den Taliban.

Wenn man die aktuelle Berichterstattung über Afghanistan in den Medien verfolgt, fragt man sich anschließend völlig verwirrt, was für ein Prozess in Afghanistan eigentlich vor sich geht – eine nationale Versöhnung? Ein Prozess unter der Führung eines Hohen Friedensrates? Friedensabsprachen? Machtteilung mit

den Taliban? Oder vielleicht Vertrauensbildung mit Pakistan? Verklausulierte Formulierungen lassen Inhalte im Dunkeln und es bleibt weitgehend unklar, wer mit wem worüber verhandelt.

Vor einiger Zeit besuchte ich eine Community in einem Außenbezirk von Kabul; wohin mich Frauen zu ihrer Teerunde eingeladen hatten. Im Laufe der Unterhaltung kamen wir auch auf den Abzug der ausländischen Truppen 2014 zu sprechen. Zu meiner Überraschung wussten die Frauen weder von diesem Plan, noch dass mit den Taliban sogenannte Friedensgespräche im Gange waren. Eine Rückkehr in die Zeit der Taliban, die der Prozess in ihren Augen bedeutete, würde ihren ohnehin niedrigen Status weiter verschlechtern.

Es stellt sich die Frage, ob die im letzten Jahrzehnt erzielten Verbesserungen für die afghanischen Frauen real und nachhaltiger lediglich symbolisch und oberflächlich sind. Sind in der gegenwärtigen Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit in Afghanistan Fortschritte möglich, oder muss sie von Grund auf neu gestaltet werden, um einen realistischen und gangbaren Prozess zu ermöglichen?

Als Frau, die in der deutschen Gesellschaft aufwuchs und deren Mutter im Nachkriegs-Deutschland geboren wurde, habe ich gelernt, dass Friedensprozesse große Anstrengungen erfordern. Sie brauchen viel Vorwissen und gute Planung, müssen nachhaltig sein, die Unterstützung der Öffentlichkeit genießen und dem erklärten Ziel dienen, schrittweise Veränderungen herbeizuführen, die eine bessere Gesellschaft bewirken.

Was wir heute in Afghanistan erleben, kann bestenfalls als Versuch bezeichnet werden, einen politischen Handel abzuschließen.

Um in Afghanistan dauerhaften inneren Frieden zu erreichen, braucht es keinen ausgehandelten

Frieden, sondern vielmehr einen nationalen Versöhnungsprozess, der von der gesamten Bevölkerung mitgetragen und von der afghanischen Regierung unterstützt wird.

Voraussetzung dafür ist ein verantwortungsvoller, nachvollziehbarer Prozess: Die Regierung und die internationale Gemeinschaft müssen transparent agieren und die beteiligten Akteure und besprochenen Themen offenlegen, um die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen.

Und es verlangt einen Prozess, von dem niemand ausgeschlossen wird. In den derzeit laufenden Friedensprozess in Afghanistan sind die Frauen, die fünfzig Prozent der afghanischen Gesellschaft ausmachen, nach wie vor nicht eingebunden. Im Sinne der Resolution 1325 des UN Sicherheitsrats muss gewährleistet werden, dass Frauen an allen Anstrengungen zur Herbeiführung von dauerhaftem Frieden und Sicherheit gleichberechtigt und in vollem Umfang teilhaben und in Entscheidungsfindungsprozesse sowie in die Verhütung und Beilegung von Konflikten eingebunden werden.

Verfehlungen eingestehen

von Daniel Serwer

Daniel Serwer ist Wissenschaftler am Middle East Institute und Professor an der School of Advanced International Studies (SAIS). Besuchen Sie seinen Blog auf www.peacefare.net oder folgen Sie ihm auf Twitter @DanielSerwer.

Versöhnung ist schwer. Will ich mich mit jemandem versöhnen, der mir etwas angetan hat? Ich mag eine Entschuldigung wollen, eine Wiedergutmachung, Auge um Auge, aber warum soll ich mich mit etwas versöhnen, das ich für schlecht, schädlich oder gar verwerflich halte?

Ich für meinen Teil kann mich vielleicht der Notwendigkeit der Versöhnung entziehen. Ich kann verbittert bleiben, ich kann auswandern, ich kann Veteranenverbänden beitreten und weiter meinem Feind grollen. Ich kann hoffen, dass mein Feind für seine Verbrechen zur Verantwortung gezogen und für lange Zeit weggesperrt wird. Eigentlich muss ich mich mit seinen Taten nicht abfinden. Viele tun es auch nicht.

Auf gesellschaftlicher Ebene ist Unversöhnlichkeit folgenreich. Sie führt auf direktem Weg zu weiterer Gewalt. Wenn wir darin verharren, lösen wir eine Spirale von Gewalt aus. Opfer, die Verlustgefühle und Rachewünsche hegen, werden schließlich selbst gegen die vermeintlichen Täter aggressiv werden, die darauf ihrerseits mit Gewalt reagieren.

Was führt uns heraus aus dem Zyklus von Gewalt und Vergeltung? Der entscheidende Schritt ist das Eingeständnis von Verfehlungen, ein äußerst riskanter Schritt für die Täter, aber von großer Bedeutung für die Opfer. Denn sobald Verfehlungen eingestanden werden, können die Opfer

beginnen, sich mit dem Verlust abzufinden, mit ihrer Wut umzugehen und sich ihren Ängsten zu stellen. Damit beginnt ein heilender Kreislauf von gegenseitigem Verständnis, man tritt wieder miteinander in Verbindung, bekennt seine Schuld, es folgen erste Schritte auf dem Weg zur Gerechtigkeit und man beginnt, eine gemeinsame Geschichte zu schreiben.

Was hat das alles mit der OSZE zu tun? Mir scheint, dass wir zumindest in einigen Teilen des OSZE-Raums noch immer im inneren Zyklus der Gewalt gefangen sind, obwohl man im Dialog steht. Der unerlässliche Schritt des Eingestehens von Verfehlungen wurde entweder vollständig übersprungen oder war nicht deutlich genug.

Ich kenne die Situation auf dem Balkan am besten. Die Phase des Eingestehens von Verfehlungen ist in Bosnien und im Kosovo noch nicht abgeschlossen und ich befürchte, dass wir selbst in Griechenland und in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien noch weit davon entfernt sind, aus einem potenziellen Zyklus der Gewalt auszubrechen. Auch in der Türkei, im Kaukasus, in Moldau und wahrscheinlich auch in anderen Gebieten, die ich nicht so gut kenne, kann von voller Versöhnung noch nicht die Rede sein.

Kann und soll Versöhnung also eine neue Vision für die OSZE werden? Darüber haben die Führung der Organisation und die Teilnehmerstaaten



zu entscheiden, doch hier sind einige Fragen, die ich mir im Zuge solcher Überlegungen stellen würde:

Wie weit verbreitet ist die Notwendigkeit der Versöhnung in der OSZE?
Würde es wirklich etwas bewirken, wenn Versöhnung als Norm festgelegt würde?
Wenn sie zur neuen Norm wird, wie stellen wir fest, wann sie verwirklicht ist?
Was würden wir anders machen als heute?
Dialog ist gut. Versöhnung ist besser. Vielleicht sollte die OSZE den nächsten schwierigen, aber logischen Schritt wagen.



Weiterführende Publikationen zum Thema historische Versöhnung

Charles Kupchan, Von Feindschaft zu Freundschaft: Wie Frieden ausbricht, Princeton University Press, 2010

„Nur geschickte Diplomatie, nicht Handel oder Investitionen, kann Feinde auf den Weg zum Frieden führen“, meint Charles Kupchan. In diesem diplomatischen Fahrplan, wie Feinde zu Freunden werden können, enttarnt er weitverbreitete Mythen über die Gründe von Frieden und stellt historische Fallstudien über drei Arten von dauerhaftem Frieden vor: Annäherung, Sicherheitsgemeinschaft und Union.

Timothy Snyder, Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin, Basic Books, New York 2010

Der amerikanische Historiker Timothy beschreibt das Schicksal der 14 Millionen zivilen Opfer, die zwischen 1933 und 1945 unter dem Nazi- und dem Sowjetregime getötet wurden. „Mord erschuf keine Nationen, aber er bewirkt Jahrzehnte nach dem Ende des Nationalsozialismus und Stalinismus immer noch ihre geistige Separierung. Diese Studie bringt das Nazi- und das Sowjetregime zusammen, die jüdische und die europäische Geschichte zusammen und die Nationalgeschichten zusammen“, schreibt er im Vorwort.

Politorbis 50: Vergangenheitsarbeit, Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten, 3/2010

Eine Sammlung von Essays zu einem ganzheitlichen Ansatz der Vergangenheitsarbeit und zur Herausforderung der Umsetzung

William J. Long and Peter Brecke, War and Reconciliation: Reason and Emotion in Conflict Resolution, MIT, 2003

Anhand vergleichender Fallstudien aus dem Bürgerkrieg und internationalen Konflikten gehen die Autoren der Rolle des Vergebens in der nationalen und internationalen Versöhnung nach.

Die Kapitel über historische Versöhnung und die deutsch-französische Freundschaft wurden mit Beratung und Unterstützung der Ersten Beraterin für Einsätze des Konfliktverhütungszentrums im OSZE-Sekretariat in Wien, Alice Ackermann, verfasst.

BOSNIEN UND
HERZEGOWINA

Den Teufelskreis durchbrechen

von Fletcher M. Burton

Srebrenica – der Ort der schlimmsten Gräueltaten in Bosnien und Herzegowina. Besucher in der Stadt stellen immer wieder fest, dass die Stadt durch eine Laune des Klimas entweder unter drückender Hitze oder eisiger Kälte leidet. Srebrenica – Feuer und Eis.

Anfang Juli letzten Jahres stand ich unter glühender Sonne auf dem großen Friedhof der Gedenkstätte von Srebrenica, inmitten von mehr als 30 000 trauernden Frauen und Männern, die alle an diesem Tag gekommen waren, manche von weit her aus dem Ausland, andere aus Nachbarstädten, um ihrer Verwandten und Freunde zu gedenken – über 8000 Männern und Jungen –, die es 1995 nicht mehr aus der Stadt geschafft haben. Für Srebrenica ist Juli die Zeit des jährlichen Gedenkens an den Völkermord, der Erinnerung an die Toten und für die Beisetzung der sterblichen Überreste.

Ich fühlte mich in meine Zeit in Sarajewo zurückversetzt, in jene schicksalhaften Tage im Juli 1995, als ich, genau zum Zeitpunkt des mörderischen Überfalls auf Srebrenica, in der Botschaft der Vereinigten Staaten arbeitete. Diesmal jedoch bestand meine Aufgabe, nun als Mitarbeiter der OSZE, darin, den Menschen dabei zu helfen, gleichzeitig der Vergangenheit zu gedenken und in die Zukunft zu blicken.

Die Atmosphäre letzten Sommer in Srebrenica war noch angespannter als sonst, denn im Herbst sollten Kommunalwahlen stattfinden und es herrschte Wahlkampf. Zum ersten Mal seit dem Krieg stand nicht von vornherein fest, dass die Bosniaken den Bürgermeister stellen würden, und die bosniakischen und serbischen Kandidaten würden ihren Kampf an den Wahlurnen austragen müssen.

Die OSZE-Außenstelle in Srebrenica wurde zu unserer Einsatzzentrale. Wir verlegten sie ins



Foto: Reuters

Zentrum der Stadt, an einen zentraleren Standort, um engen Kontakt zu allen am Wahlkampf Beteiligten halten zu können, den einzelnen Kandidaten ebenso wie Aktivistengruppen und den Kommunalbehörden. Dann stellten wir Kommunikationswege zwischen diesen lokalen Akteuren her und bereiteten eine Verbindung zur Berichterstattung an die internationalen Akteure vor. Dadurch konnte die OSZE mithelfen, Spannungen abzubauen und das Verständnis für einander zu verbessern.

Diese Bemühungen gipfelten Monate später in einer multiethnischen Kommunalverwaltung.

Wie den Teufelskreis des Hasses und der Schuldzuweisungen nach einem Konflikt durchbrechen?

Das ist die Kernfrage für Bosnien und Herzegowina – und für die OSZE-Mission, die kurz nach dem Ende des Konflikts vor 18 Jahren eingerichtet wurde. Der rote Faden, der sich seither durch die Arbeit der Mission zieht, ist die Überzeugung, dass Versöhnung der einzig gangbare Weg ist, um den Teufelskreis der Gewalt zu durchbrechen und nachhaltigen Frieden zu fördern.

Wie können wir Versöhnung fördern?

Ein Weg besteht darin, direkt einzugreifen, wenn Spannungen entstehen, wie wir es in Srebrenica taten. Seit einiger Zeit setzen wir verstärkt auf Verhandlung und Vermittlung.

Den Anstoß dazu gab ein Ministerratsbeschluss aus dem Jahr 2011 über die Verstärkung der Fähigkeiten der OSZE in den Bereichen Frühwarnung, frühzeitiges Handeln, Dialogerleichterung und Mediationsunterstützung sowie Konfliktnachsorge. Bei unserer Arbeit im letzten Sommer wendeten wir eine Methode der Konfliktsanalyse an, die wir in Pilotprojekten in Srebrenica und zwei anderen Zentren, Brčko und Mostar, zwei potenziellen Krisenherden im Land, entwickelt hatten.

Vielleicht noch wichtiger ist unsere langjährige Arbeit zur Stärkung der „zivilen Architektur“, die im Gerichtssaal, im Klassenzimmer und im Sitzungssaal ansetzt. Gefestigte demokratische Institutionen sind eine Grundvoraussetzung für eine tragfähige Versöhnung, ebenso wie eine lebendige Zivilgesellschaft, die diese Institutionen nutzt.

Im Gerichtssaal

Der Gerichtssaal steht im Mittelpunkt der Tätigkeit der Mission in Sachen Kriegs- und Hassverbrechen. Wir beobachten Gerichtsverfahren im ganzen Land, um zu sehen, inwieweit innerstaatliches Recht und internationale Verpflichtungen



Foto: Reuters

eingehalten werden. Die Klärung des Sachverhalts von Verbrechen, die im Krieg begangen wurden, und die strafrechtliche Verfolgung der Täter gibt den Opfern die Möglichkeit, mit ihrer Vergangenheit abzuschließen, und verhindert, dass erneut Gewalt ausbricht.

Wir helfen Bosnien und Herzegowina bei der Umsetzung seiner nationalen Strategie zur Aufarbeitung der Kriegsverbrechen. Wir unterstützen die Gerichtsbarkeit auf allen Ebenen, unter anderem durch eine wichtige Initiative zur Erhöhung der Kapazitäten für die Durchführung von Kriegsverbrecherprozessen mittels eines Projekts unter Beteiligung zahlreicher Geber, das Mitte 2014 in ein von der EU finanziertes Vorhaben übergeführt wird.

Solange das Schüren von Hass zwischen den Volksgruppen toleriert



Foto: OSZE/Vedran Pribilović

wird, können die Wunden aus dem vergangenen Konflikt nicht heilen. Vor Kurzem untersuchten wir, welche Art von Hilfe bei der Ermittlung, Meldung und strafrechtlichen Verfolgung von Hassverbrechen den größten Erfolg verspricht. In unserem abschließenden Bericht betonten wir die Bedeutung der Zivilgesellschaft und von Führungspersonlichkeiten der Gemeinschaften für die Schaffung eines Umfeldes, in dem Hassverbrechen nicht hingenommen werden.

Im Klassenzimmer

Schulen sind jener Ort, an dem Wertvorstellungen und Einstellungen vermittelt werden können, die Toleranz und Vertrauen fördern. Die Mission setzt den Inklusionsindex um

und bringt dazu Lehrer, Eltern und Führungspersönlichkeiten aus der Gemeinschaft an einen Tisch, damit sie gemeinsam Pläne für die Schaffung inklusiver und integrierter Schulen entwerfen.

Außerdem wurden dank der Bemühungen der Mission fast dreißig Geschichtsbücher durch Streichung verhetzender Passagen und ethnisch einseitiger Darstellungen überarbeitet und fast 100 Geschichtslehrer ausgebildet.

Im Sitzungssaal

In Bosnien und Herzegowina gibt es 14 Parlamente, was von der institutionellen Überlagerung im Landzeugt, das einen Staat, zwei Teilgebiete, zehn Kantone und den Bezirk Brčko umfasst. Diese Institutionen sind in der Öffentlichkeit sehr präsent. Sie befassen sich mit wichtigen Fragen. Sie vertreten die Bürger. Parlamente geben den institutionellen Rahmen für die Versöhnung vor. Wirksam arbeitende Parlamente, deren Abgeordnete das öffentliche Interesse über politisch oder ethnisch motivierte Anliegen stellen, können als Vorbild dienen. Sie können eine Plattform für die Lösung strittiger Fragen sein.

Ein Beispiel für die Arbeitsweise der Mission zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie ist ihr Eintreten für die Schaffung von Parlamentsausschüssen für die demokratische Kontrolle des Verteidigungs- und Sicherheitssektors. Eine strengere Kontrolle in diesen Bereichen trägt zum Versöhnungsprozess bei, indem ehemalige Instrumente der Unterdrückung oder Ungleichgültigkeit zu Instrumenten im Dienste der Öffentlichkeit werden.

Im größeren europäischen Zusammenhang

Die Verleihung des Friedensnobelpreises 2012 an die Europäische Union symbolisiert die Bedeutung der internationalen Dimension bei der Förderung von Versöhnung. Dieser Preis wirkt sich insofern auf unsere Arbeit in Bosnien und Herzegowina aus, als mehrere internationale Organisationen im Land ihre Zielsetzungen nun vorrangig auf die Europäische Union ausrichten. Jetzt steht die EU-Integration im Vordergrund. Sie ist deshalb so wichtig, weil sie für das Land eine Zukunft in Aussicht stellt, die große Zustimmung findet. Die Integration auf internationaler Ebene kann mithelfen, Brücken auf örtlicher Ebene zu bauen.

Unsere Mission unterstützt den Beitrittsprozess. So halfen wir etwa mit, den strukturierten Justizdialog zwischen Bosnien und Herzegowina und der EU zu gestalten. Wir nutzten unsere langjährigen Erfahrungen aus der Beobachtung von Gerichtsverfahren im Land und machten Vorschläge, wie das Justizsystem des Landes in Einklang mit den Vorgaben der EU gebracht werden kann.

Für die Überwindung des schmerzlichen Erbes des Krieges sind auch andere internationale Integrationsprozesse wichtig. Vierzehntausend Flüchtlinge und Vertriebene aus Bosnien und Herzegowina werden dank des Regionalen raumbeschaffungsprogramms, einem Produkt der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen von Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Serbien und Montenegro, zu einem normalen Leben zurückkehren können. Unsere Mission sorgt gemeinsam mit anderen OSZE-Feldoperationen, der EU, dem Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen und der US-Regierung für die Koordinierung und Finanzierung dieses riesigen Vorhabens, das insgesamt 74 000 Personen zugutekommen wird. Regionale Probleme verlangen regionale Lösungen.

Schlussfolgerungen

Vertrauensbildung und Aussöhnung sind langfristige Prozesse. Wir bei der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina haben aus Erfahrung gelernt, dass Fortschritt nicht linear verläuft. Dass man realistisch sein muss. Dass es Rückschläge geben wird. Dass Versöhnung nicht erzwungen, aber unterstützt werden kann.

Und dass es wichtig ist, kreativ und flexibel zu sein, bedarfsgerechte Lösungen zu finden, seinen Prinzipien treu zu bleiben und unparteiisch zu sein. In Srebrenica lernte die Mission auch, wie wichtig Vertrauen ist. Wir haben hart daran gearbeitet, uns das Vertrauen aller Seiten zu erhalten. Vertrauen, das so leicht erlischt, so leicht dahinschmilzt, ist der Urquell der Versöhnung.

Fletcher M. Burton ist der Leiter der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina.

Trefor Williams und Diane Brown von der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina waren beim Verfassen dieses Artikels behilflich.

KIRGISISTAN

Die Wende in Suleiman-Too

von Zoltan Filep

Als ich im Juli 2011 nach Suleiman-Too kam, war das Misstrauen gegenüber der Polizei so stark, dass man es fast mit Händen greifen konnte. Suleiman-Too ist einer der Bezirke der Stadt Osch, die am stärksten von den Zusammenstößen betroffen waren, die im vergangenen Jahr üdkirgisistanverwüsteten.

Ich war als Polizeiberater der OSZE-Initiative für kommunale Sicherheit, kurz CSI, nach Kirgisistan gekommen. Wir sollten der örtlichen Polizei dabei helfen, die örtlichen Gemeinschaften mit einander zu versöhnen. Wir mussten bei null beginnen und zuallererst die Herzen der Menschen gewinnen. Wir richteten ein Forum für die Bürger und die Polizei ein, doch es war ein mühsames Vorankommen.

Am 4. April 2012 kam der Chef der Polizeidienststelle von Suleiman-Too in unser Büro und berichtete, dass drei Tage zuvor eine 19-Jährige von vier Männern einer anderen Volksgruppe vergewaltigt worden war. Drei seien festgenommen worden, einer befände sich noch auf freiem Fuß.

War das der befürchtete Funke, der die Unruhen wieder anfachen würde?

Unsere ersten Befürchtungen wurden zerstreut, als die Medien, die noch am selben Tag über den Vorfall berichteten, darauf verzichteten, die Volksgruppenzugehörigkeit des Opfers oder der Täter zu nennen.

Und die Erschütterung über dieses abscheuliche

Verbrechen sollte letztlich den Anstoß zu einer Reihe erfreulicher Ereignisse geben, die eine Wende in dieser Gemeinschaft herbeiführten.

Eine hilfreiche Hand

Die junge Frau, die überfallen worden war, lebte mit ihrer Schwester bei der Großmutter ihre Mutter war auf Arbeitssuche im Ausland. Sie hatte sichtbare körperliche Verletzungen erlitten und brauchte unbedingt psychologische Betreuung.

Ich rief eine Freundin an, Angela Morales, die Leiterin einer in Osch ansässigen NGO, die sich um Opfer von häuslicher Gewalt und sexuellen Angriffen kümmert. Ich wusste, sie würde helfen können. Sie arbeitet seit Jahren mit Frauen in Kirgisistan und versteht die kulturellen Signale, auf die bei einem so heiklen Thema zu achten ist. Sie erklärte sich sofort bereit, sich mit der

jungen Frau zu treffen, sofern diese einwilligte.

Der Leiter der Polizeidienststelle nahm das Angebot dankbar an. Er beauftragte den für das Viertel zuständigen Inspektor, der jungen Frau die Nachricht zu überbringen, die sich einverstanden erklärte.

Sie war überrascht und dankbar, dass ihr die Polizei Hilfe anbot.

Ein Umdenken bewirken

Gewalt gegen Frauen ist in Kirgisistan allzu präsent. Trotz entsprechender Gesetze zum Schutz der Frauenrechte werden Anzeigen von der Polizei regelmäßig ignoriert.

Laut dem Bericht der US-Sonderberichterstatterin über Gewalt gegen Frauen vom April 2010 ist jede vierte Frau in ihrem häuslichen Umfeld körperlichen Misshandlungen ausgesetzt.



In dem Bericht wird auch festgestellt, dass 35 bis 75 Prozent aller Eheschließungen im Land aufgrund von Brautraub zustande kommen, einem brutalen althergebrachten Brauch, bei dem ein Mann eine Frau entführt und zur Heirat zwingt.

Ich hatte schon oft über diese Dinge nachgedacht, doch nach dem Vorfall mit der 19-jährigen jungen Frau musste ich etwas unternehmen. Wenn geschlechtsbezogene Gewalt in dieser Gemeinschaft ernst genommen werden sollte, musste ich versuchen, etwas in den Köpfen zu ändern.

Seit meiner Ankunft in Suleiman-Too hatte ich es mir zur Gewohnheit gemacht, im Zuge meiner täglichen Runden auch die örtlichen Zentren für Verbrechensverhütung (LCPCs) im Bezirk aufzusuchen. Sie waren einverstanden, dass ich einen Workshop über häusliche Gewalt und Brautraub organisiere. AktschatschScholdoschewa vom Zentrum für Genderfragen und psychologische Unterstützung sagte mir dabei ihre Unterstützung zu.

Am 10. Mai fanden sich 40 Vertreter der Gemeinschaft und der Polizei zu dem Workshop ein. Es begann nicht sehr vielversprechend, da mehrere Teilnehmer die Ansicht äußerten, dass Brautraub ein legitimer kultureller Brauch sei. Doch wir nahmen uns die gesetzlichen Bestimmungen vor und konnten uns nach mühsamen Diskussionen darauf einigen, dass Brautraub eine Form des Missbrauchs ist.

Wir verteilten Informationsmaterial mit Adressen von Einrichtungen, an die sich Opfer von häuslicher Gewalt, die juristische Beratung, psychologische Betreuung oder eine Notunterkunft benötigen, wenden können. In den darauffolgenden

Monaten kamen mehr Opfer denn je in die Kriseninterventionszentren in Aruulan, Ak-Dschurok und Meerban. Sieben von ihnen sagten, sie seien auf Anraten ihres LCPC gekommen.

Die Gemeinschaft trägt die Fackel weiter

Kurze Zeit nach dem Workshop kam der Pressesekretär der Stadtpolizei Osh, SamirbekSidikow, mit einer Idee zu uns. Er wolle die Öffentlichkeit für häusliche Gewalt sensibilisieren und könne sich dazu eine Plakataktion in der ganzen Stadt vorstellen. Ob wir ihm helfen könnten. Diese Chance ließen wir uns nicht entgehen!

Mein Kollege Sergei Sisow, ebenfalls ein internationaler Polizeiberater, und ich informierten die Kriseninterventionszentren, die von der Idee begeistert waren, vor allem weil sie von der Polizei kam. Sergei und ich waren uns darin einig, dass wir uns auf eine Vermittler- und Mentorenrolle beschränken würden. Es war schließlich eine unabhängige Initiative der Polizei und der Gemeinde.

Das Bürgermeisteramt stellte für zwei Wochen sechs Werbetafeln kostenlos zur Verfügung, eine Druckerei war bereit, die Schilder unentgeltlich zu drucken, und die Energiegesellschaft der Stadt hängte sie gebührenfrei auf. Die Verkehrspolizei sorgte für die Sicherheit der gesamten Aktion.

Die Tafeln in Kirgisisch und Russisch hingen vom 17. bis 31. Oktober 2012 an stark frequentierten Plätzen in Osh und enthielten Kontaktadressen der Kriseninterventionszentren, der Polizei und des Ministeriums für soziale Entwicklung.

Die Wirkung war beachtlich. Das Kriseninterventionszentrum Aruulan berichtete, die Zahl der Hilfesuchenden sei von 19 im August auf über 100 im November gestiegen. Vierunddreißig von ihnen sagten, sie seien durch die Werbeaktion auf die Möglichkeit aufmerksam gemacht worden, Hilfe zu erhalten.

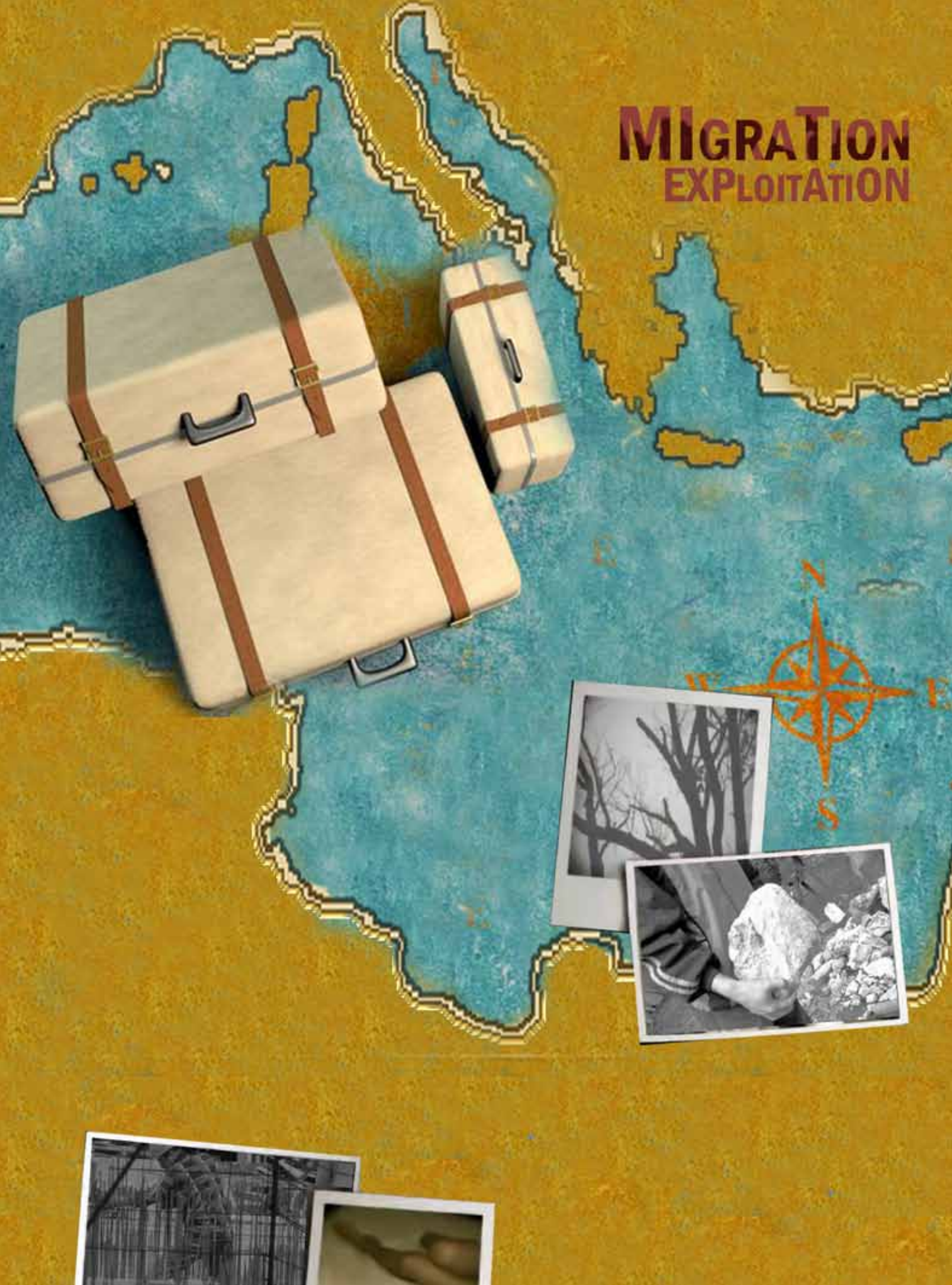
Ein weiteres Ergebnis der Kampagne bestand darin, dass die Polizei beschloss, ein eigenes Polizeiregister für geschlechtsbezogene Gewalt einzurichten.

Am meisten beeindruckte mich, wie der gesamte Bezirk mithalf, um diese Aktion zum Erfolg zu führen. Es entstanden keinerlei Kosten und die ortsansässige Bevölkerung begann, einander mit Achtung und Wertschätzung zu begegnen. In einer Gemeinschaft, die noch zwei Jahre zuvor durch einen Konflikt entzweit war, entstanden Partnerschaften aus der gemeinsamen Sorge um das Wohl der Mitbürger.

Es war klar, dass ein Wandel in Kirgisistan sich nicht über Nacht einstellen würde. Wandel braucht überall seine Zeit. Aber es gibt deutlich sichtbare Fortschritte. Ich sehe es tagtäglich in meiner Arbeit, in der Einstellung meiner Gesprächspartner, die nun zu schätzen wissen, was erreicht wurde, in der positiveren Wahrnehmung der Polizei durch die Bürger. Ich freue mich einfach, ein Glied in der Kette zu sein, die wieder Vertrauen nach Suleiman-Too bringt.

Zoltan Filep ist ein internationaler Polizeiberater aus Serbien der OSZE-Initiative für kommunale Sicherheit in Kirgisistan.

MIGRATION EXPLOITATION



Die Mittelmeer-Connection

Warum kommen Migranten ohne Ausweispapiere? Aus hunderten Gründen.

Ein 14-jähriger tunesischer Junge mag aus Abenteuerlust die gefährliche Bootsreise über das Meer wagen. Italien! Europa! Eines Tages vielleicht weiter nach Norden, nach Skandinavien!

Nigerianische Mädchen werden via Libyen verschleppt, in die Prostitution gezwungen und weiter nach Südeuropa verbracht, ihr Schicksal oft durch Voodoo-Riten besiegelt, mit Zustimmung ihrer ahnungslosen Familien.

Eine Flucht vor dem Morden in Afghanistan kann einem internationalen Schlepperring 10 000 Euro einbringen.

Manch Afrikaner kommt gutgläubig als Landarbeiter nach Italien, ausgestattet mit Arbeitspapieren, die betrügerische Arbeitgeber dann für ungültig erklären.

Ganz gleich, wie ihre Geschichte lautet – Migranten ohne gültige Papiere werden leicht zu Opfern von Ausbeutung. Wenn sie nicht schon durch Menschenhändler ins Land gebracht wurden, sind sie dann dort leichte Beute.

Die Muster ändern sich

Bisher waren die meisten Menschenhandelsopfer Frauen für das Sexgewerbe. Heute hingegen machen Männer einen beträchtlichen Anteil aus. An entlegenen Orten unter fürchterlichen Verhältnissen untergebracht, werden sie zur Schwerarbeit auf Baustellen oder auf Feldern zur Orangen- oder Wassermelonenernte für einen Schandlohn ausgebeutet. Auch Frauen und Mädchen werden als Arbeitskräfte ausgebeutet, zum Beispiel im Haushalt.

Seit Kurzem zeichnet sich ein neuer Trend ab: Arbeitsausbeutung beschränkt sich nicht mehr nur auf Migranten, sondern betrifft auch die eigenen Bürger eines Landes.

Im Gefolge des Arabischen Frühlings stieg die Zahl der irregulären Migranten in den nördlichen Mittelmeerländern sprunghaft an. Inzwischen sind die Zahlen wieder gesunken und die Staaten Nordafrikas, einst fast ausschließlich Herkunftsländer des Menschenhandels, werden langsam selbst zu Zielländern.



Am 8. Februar 2012 lud Maria Grazia Giammarinaro, die OSZE-Beauftragte und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels, hochrangige Vertreter aus 22 Teilnehmerstaaten, sechs Partnerstaaten aus dem Mittelmeerraum, einen asiatischen Partnerstaat sowie Vertreter der Zivilgesellschaft aus der OSZE-Region, Nordafrika und dem Nahen Osten zu einer Diskussionsveranstaltung ein, bei der Möglichkeiten zur wirksameren Verhütung von Menschenhandel erörtert wurden. Auf den folgenden Seiten kommen einige der Teilnehmer zu Wort. Ausführlichere Informationen über die Arbeit der OSZE im Kampf gegen den Menschenhandel finden Sie auf der Website www.osce.org/cthb.

„Migranten, vor allem Migranten ohne Ausweispapiere, sind noch immer die am stärksten durch Ausbeutung und Menschenhandel gefährdete Personengruppe. Allein das Ausmaß an menschlichen Tragödien, die durch die Migration aus dem Maghreb und Maschrek in die Europäische Union verursacht werden, ist so unbeschreiblich, dass einfach nicht länger weggesehen werden kann.“

„Die Verantwortung liegt auf beiden Seiten des Mittelmeers: bei den Herkunftsländern ebenso wie bei den Transit- und Zielländern. Beide Seiten sind sich weitgehend darüber einig, was getan werden muss, und es wird nur mit vereinten Kräften, im Bewusstsein der gemeinsamen Verantwortung, durch Lernen voneinander, durch Nutzung der Erfahrungen der anderen gelingen. Ich trete entschlossen dafür ein, dass alle ausgebeuteten Migranten Zugang zu Gerichten und Rechtsbehelfen erhalten und dass die Prävention auch durch die strafrechtliche Verfolgung der Menschenhändler und die Einziehung ihrer unlauteren Gewinne verstärkt wird.“

–Maria Grazia Giammarinaro



PORTUGAL

Sehenlernen

von Teresa Morais

Das Profil der Menschenhandelsopfer in Portugal verändert sich. Bisher kamen sie meist aus Afrika, Brasilien und osteuropäischen Ländern und es waren meist Frauen, die für die Zwecke sexueller Ausbeutung verschleppt wurden.

Die Prostitution von gefährdeten Frauen ist nach wie vor ein ernstes Problem. Doch wenn die uns vorliegenden Daten stimmen, sind die meisten Menschenhandelsopfer in Portugal heute Männer. Viele werden innerhalb des Landes zur Ausbeutung als Arbeitskraft verschleppt.

Sie arbeiten in der Landwirtschaft oder auch auf dem Bau und leben unter armseligen Verhältnissen, ohne Ausweispapiere, ohne die Möglichkeit des Kontakts zu ihrer Familie, zu Freunden oder irgendjemanden sonst. Durch diese Isolation, dieses Schweigen, sind sie für Außenstehende oft schwer zu erkennen. Sie suchen keine Hilfe. Sie haben keine Möglichkeit, sich an irgendjemanden außerhalb des Kreises, in dem sie gefangen sind, zu wenden.

Von den 93 Fällen von Menschenhandel, die 2012 aufgedeckt wurden und in denen die Ermittlungen noch laufen, sind 76 Fälle von Arbeitsausbeutung. Dreiundvierzig Prozent der

mutmaßlichen Opfer sind Männer. Ich nehme an, dass dieser Trend auch in anderen europäischen Ländern festzustellen ist.

Unser Zahlenmaterial ist nicht sehr umfangreich. Es zeigt möglicherweise nicht das gesamte Ausmaß der Unterdrückung, die mitten in unserer Gesellschaft stattfindet. Hätten wir wirksamere Methoden zur Identifizierung der Opfer des Menschenhandels – zum Beispiel unter den illegalen Migranten – ergäbe sich möglicherweise ein anderes Bild. Deshalb können wir uns nicht beruhigt zurücklehnen. Hier einige Dinge, die wir tun sollten und tun, um zu sehen, was auf den ersten Blick vielleicht nicht zu sehen ist.

Gezielte Ausbildung für Arbeitsinspektoren

Wir müssen unsere Arbeitsinspektoren besser ausbilden und sie in landwirtschaftliche Betriebe, zu Weinbauern, in versteckte Produktionsstätten schicken, um mit geschultem Blick Fälle von Ausbeutung zu erkennen. Letztes Jahr haben wir bereits 100 Arbeitsinspektoren ausgebildet und ich arbeite gemeinsam mit der Arbeitsschutzbehörde daran, dass 2013 rund 300 weitere Inspektoren mit dem Problem vertraut gemacht und in die Lage versetzt werden, diese Fälle besser zu erkennen. ►

Den Opfern Zeit lassen, ihre Geschichte zu erzählen

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass ausgebeutete Menschen uns nicht sofort alles erzählen. Nach portugiesischem Recht können sich mutmaßliche Menschenhandelsopfer 30 bis 60 Tage Zeit lassen, um ihre Geschichte zu erzählen, unabhängig davon, ob sie mit der Polizei bei den Ermittlungen kooperieren wollen oder nicht. Manchmal hat es noch länger gedauert.

Als Beispiel möchte ich Ihnen schildern, was ein Inspektor der Kriminalpolizei auf einem Seminar in Lissabon berichtete, das wir im Oktober letzten Jahres für Richter organisiert hatten. In einem von ihm untersuchten Fall von Menschenhandel zum Zwecke sexueller Ausbeutung blieb die Frau, das mutmaßliche Opfer, beharrlich bei ihrer Aussage, keinerlei Zwang ausgesetzt worden zu sein. Sie hatte eindeutig Angst und war offensichtlich schutzbedürftig. Sie blieb in einem Frauenhaus und schwieg monatelang. Die Polizei gab nicht auf und setzte die Ermittlungen zu dem Fall fort, kam jedoch zu keinen schlüssigen Ergebnissen. Und dann, eines Tages, wollte das Mädchen zur Polizei. Nach vier Monaten sagte sie: „Ich bin bereit, Ihnen zu erzählen, was geschehen ist.“ Sie gab zu, nicht freiwillig ins Land gekommen zu sein, und erzählte ihre

ganze Geschichte – weil sie in einer Unterkunft für Opfer von Gewalt geschützt war und Zeit hatte, nachzudenken. Wir müssen den illegal ins Land gekommenen Migranten die Zeit, den Raum und den Schutz geben, die sie brauchen, damit sie uns ihre wahre Geschichte erzählen.

Sensibilisierung der Richter

Warum haben wir mit so vielen Fällen zu tun, in denen Verdacht auf Menschenhandel besteht, die Justiz aber wegen der Förderung der illegalen Einreise oder Ausbeutung von Prostitution ermittelt, auf die ein erheblich geringeres Strafmaß steht als für Menschenhandel? Dafür muss es de jure oder de facto Gründe geben.

Natürlich steht es der portugiesischen Regierung ebenso wenig wie jeder anderen Regierung nicht zu, in die Unabhängigkeit der Judikative einzugreifen. Aber gemeinsam können wir den Ursachen dafür nachgehen.

Dieses Jahr besucht mein Büro mit Unterstützung der Generalstaatsanwaltschaft Bezirksstaatsanwaltschaften in ganz Portugal, um diese Frage zu besprechen. Außerdem arbeiten wir gemeinsam mit dem Zentrum für Rechtswissenschaften an e-Learning-Material über Menschenhandel für die Richterausbildung.

Zusammenarbeit mit externen Partnern

Das am Südrand Europas gelegene Portugal profitiert von vielen positiven Einflüssen von außerhalb, ist aber auch entsprechenden Gefahren ausgesetzt. Wir können auf eine langjährige Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn in Fragen des Menschenhandels, aber auch der Migration im Allgemeinen und bei Problemen im Zusammenhang mit illegaler Zuwanderung verweisen.

Diese Zusammenarbeit erfolgt in der Europäischen Union und im Europarat sowie im Rahmen mehrerer bilateraler Abkommen, zum Beispiel mit Frankreich, Spanien, Marokko, Algerien und Tunesien. Wir beteiligen uns aktiv am 5/5-Dialog zwischen 5 Ländern der europäischen Seite des Mittelmeers und fünf Ländern aus Nordafrika. In Bezug auf die OSZE und ihre Initiativen zur Bekämpfung des Menschenhandels war Portugal von Anfang an ein engagierter Partner und wird das auch in Zukunft bleiben.

Teresa Morais ist portugiesische Staatssekretärin für parlamentarische Angelegenheiten und Gleichstellung.

MAROKKO

Kampf der Unwissenheit

von Mamadou Bakayoko

Wir sind eine Gruppe von Personen aus Schwarzafrika, Asien und Marokko, die sich unter dem Namen Gemeinsame Aktion für Zwangsemigrierte (JAFEM) zusammengeschlossen haben. Wir leisten Sozialhilfe für Migranten und helfen mit, sie vor Ausbeutung und Menschenhandel zu schützen. Wir sind in den wichtigsten Städten und in Ortschaften an der Grenze tätig in Oujda, Rabat, Casablanca, Nador, Tanger, Taza und in Maghania, der letzten algerischen Stadt vor der marokkanischen Grenze.

In Grenznähe leben die Migranten meist in Wäldern, Bauruinen oder alleinstehenden Wohnungen, in den Städten gewöhnlich in Armenvierteln. Sie teilen sich eine Wohnung, um sich die Miete leisten zu können, und hausen zu sechst oder acht in einem Raum.

In der Migrantengemeinschaft herrscht eine strenge Hierarchie. Dadurch kann es zu Menschenhandel innerhalb dieser Gemeinschaft kommen, meist unbemerkt von der Öffentlichkeit. Bei JAFEM wissen wir, wie wir Zugang zu diesen Milieus finden, und wir bemühen uns, Opfer zu identifizieren.

Nahe der Grenze kann es vorkommen, dass Migranten zur Prostitution oder Bettelei gezwungen werden, um sogenannte „Ghetto-Rechte“ oder Schutzgeld bezahlen zu können. Sie sind auch leichte Beute für marokkanische Jugendliche, die selbst von ihren Familien oder Gleichaltrigen gezwungen werden, Geld herbeizuschaffen, egal auf welche Weise.

In den am Stadtrand liegenden Siedlungen werden viele Migranten durch häufige Polizeirazzien und drohende Ausweisung zermürbt. Wer zu schwach ist, um zu arbeiten, riskiert Gewalt und sexuellen Missbrauch.

Migranten, die in Haushalten beschäftigt sind, haben entgegen der ursprünglichen Vereinbarung oft Arbeitszeiten ohne Ruhepausen, und es werden ihnen ihre Pässe abgenommen, damit sie nicht weglaufen. Arbeit in der Landwirtschaft ist oft unterbezahlt und es kommt vor, dass Migranten nicht vereinbarte Zusatzleistungen erbringen

müssen, bevor ihnen ihr Lohn ausgezahlt wird.

Kriminelle Netze von Migranten und Marokkanern rekrutieren junge Männer und Frauen über das Internet, indem sie sich als wichtige Arbeitgeber ausgeben. Die jungen Menschen werden dann gezwungen, die Kosten für ihr Ticket und andere Spesen zurückzuzahlen: „Beschäftigungsgebühren“, „Arbeitserlaubnis“, „Anmeldepapiere“, alles erfundene Lügen, um sie zu täuschen. Manchmal zwingen die Menschenhändler die Mädchen zur Prostitution und nehmen ihnen die Einnahmen unter dem Vorwand ab, sie würden ihnen mit dem Geld Reisen durch Europa ermöglichen.

Das sind nur einige Beispiele von Ausbeutung und Menschenhandel, mit denen wir im Laufe der Jahre bei JAFEM in unserer tagtäglichen Arbeit zur Unterstützung von Migranten zu tun hatten.

Viele Migranten leben in Unwissenheit und haben keine Vorstellung, wie sie sich aus ihrer Zwangslage befreien können. An Orten, an denen viele Migranten leben, organisieren wir Workshops. Wir schildern ihnen Fälle von Arbeitsausbeutung und Menschenhandel und erklären ihnen, wie man sich in einem Rechtsstaat richtig verhält. Wir haben viele Opfer aufgenommen, die uns von örtlichen Organisationen zur Unterbringung in unseren Notunterkünften geschickt wurden. Wir bringen sie in Gesundheitseinrichtungen zur medizinischen und psychologischen Betreuung. Und wir begleiten sie, wenn sie freiwillig zurückkehren wollen.

Unsere größte Sorge ist das Fehlen juristischer Hilfe für die Menschenhandelsopfer. Fast alle sind Migranten ohne Ausweispapiere und haben daher keinen Zugang zu den Gerichten oder auch nur zur Polizei. Ganz im Gegenteil: Sie werden als Straftäter angesehen. Deshalb haben sie Angst zu erzählen, was ihnen widerfahren ist. Auch Informanten genießen keinen Schutz.

Wir versuchen, marokkanische Rechtsanwälte für unsere Sache zu gewinnen, die gewillt sind, sich unserem Kampf anzuschließen. Wir entwickeln laufend Strategien, um an die Informationen zu kommen, die Täter dingfest zu machen, die Opfer zu schützen und hoffentlich Möglichkeiten zu finden, sie zu entschädigen.

Mamadou Bakayoko ist der Koordinator der Gemeinsamen Aktion von Zwangsemigrierten (JAFEM).



„Die billigen Orangen und Mandarinen in unseren Supermärkten – wer pflückt sie?

In Rosarno (Italien) sind es oft Migranten, die für einen lächerlichen Lohn ausgebeutet werden, meist von kleinen Produzenten, die ihrerseits von Supermarktketten unter Druck gesetzt werden und Preise akzeptieren müssen, die kaum die Kosten für das Pflücken der Früchte decken.

Bei SOS Rosarno gehen wir einen anderen Weg. Wir stellen den direkten Kontakt zwischen örtlichen Produzenten, Einkaufskonsortien und hauptsächlich afrikanischen Arbeitern her, die nach Tariflohn bezahlt werden €45 Euro plus Sozialleistungen. Damit sind alle Zwischenstufen ausgeschaltet, die den Preis in die Höhe treiben. So können die Arbeiter und die Produzenten in Würde leben und die Konsumenten ein Qualitätsprodukt zu einem fairen Preis kaufen.“

– Giuseppe Pugliese, Aktivist der NGOs Africalabria und SOS Rosarno

ITALIEN

Ein dem Verbrechen angemessenes Urteil

von Cataldo Motta

Italien hat große Erfahrung mit Ermittlungen in Fällen von Menschenhandel für die Zwecke der sexuellen Ausbeutung. Doch die Ausbeutung von Arbeitskräften ist eine andere Sache und neu für uns.

In der Provinz Lecce hatten wir vor Kurzem zwei große Fälle. Im einen Fall betrafen die Ermittlungen den Landwirtschaftssektor, im anderen ging es um die Installation von Photovoltaikanlagen zur Gewinnung von alternativer Energie – also von schweren Sonnenkollektoren, die von Hand gehoben werden mussten. In beiden Fällen waren Hunderte ausweislose Migranten betroffen, die illegal im sizilianischen Pachino gelandet waren.

Bisher kamen Migranten auf dem Landweg nach Europa, über Griechenland und die Türkei. Heute kommen sie nach Lampedusa und Pachino. Es ist wie ein System miteinander verbundener Rohrleitungen – schließt man ein Ventil, öffnet sich ein anderes. Die Routen sind lang und anstrengend und kosten die Migranten viel Geld.

Es gibt eine von Sizilien aus operierende kriminelle Organisation, die sich darauf spezialisiert hat, Migranten zur Ausbeutung in der Landwirtschaft auf die verschiedenen Regionen Süditaliens zu verteilen. Je nach Jahreszeit werden sie zum Beispiel zur Tomatenernte ins nördliche Apulien oder zur Wassermelonenernte nach Südapulien geschickt.

In die Geschichte mit den Sonnenkollektoren war auch eine spanische Firma namens Tecnova involviert, die im Winter 2011 in den Provinzen Lecce und Brindisi Sonnenkollektoren installierte. In Italien gibt es für die Installation von Sonnenkollektoren eine staatliche Förderung, die jedoch befristet ist; nach

dem Stichtag verliert man die Förderung. In diesem Fall war die Frist sehr knapp.

Deshalb wandte sich der Firmeneigentümer an eine kriminelle Organisation, die nach demselben Muster wie die Organisation in Pachino die Landarbeiter rekrutiert – doch handelte es sich in diesem Fall um eine spanische Organisation.

Sie setzten einige Migranten als Vorarbeiter ein und rekrutierten durch Mundpropaganda etwa 400 Migranten ohne Ausweispapiere, die auf rund 20 verschiedene Baustellen geschickt wurden und dort unter härtesten Bedingungen bis zur Erschöpfung arbeiten mussten, damit die Arbeit rechtzeitig fertiggestellt werden konnte.

Ein indischer Arbeiter hielt es nicht mehr aus und erstattete in Lecce Anzeige, worauf wir die Ermittlungen aufnahmen. Gleichzeitig wurde auch aufgrund einer Meldung bei der Staatsanwaltschaft Brindisi ermittelt. Schließlich erstatteten fast alle Arbeiter Anzeige und die beiden Verfahren wurden zusammengelegt.

Der Staatsanwalt in Brindisi ordnete eine Überwachung der Telefonate zwischen den Vorarbeitern und der Firma an. Was ich da hörte, war entsetzlich. Die Arbeiter sagten, sogar den Sklaven auf den Baumwollfeldern sei es besser ergangen als ihnen. Sie arbeiteten ständig im aufgeweichten Boden, die von der Firma gestellten Stiefel seien zu klein. In einem Telefongespräch sagte die Firma zu einem Arbeiter, der sich darüber beschwerte, er solle seine Füße oder die Spitze des Stiefels abschneiden. Ein anderer Arbeiter hatte vom Tragen der Kollektoren ohne Schutzhandschuhe blutige Hände. Ihm sagte man, er solle weiterarbeiten.

Aufgrund der vorliegenden Beweise erhoben wir Anklage wegen Menschenhandels nach Artikel 600 des Strafgesetzbuchs. In erster Instanz kam es zur Verurteilung, doch das Berufungsgericht sprach die Angeklagten unter anderem mit der Begründung frei, sie hätten ihren Angestellten die erforderliche Sicherheitsausrüstung zur Verfügung gestellt. Der Oberste Gerichtshof bestätigte diese Entscheidung.

Doch wir haben neue Beweise gesammelt und werden die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragen.

Wenn wir den Opfern von Arbeitsausbeutung in Italien helfen wollen, müssen wir einige Konzepte unseres Strafgesetzbuchs ändern. Zum Beispiel die Definition von Menschenhandel, die in der Praxis nicht greift. Das Problem ist der grundlegende Unterschied zwischen Menschenhandel für die Zwecke der sexuellen Ausbeutung und Menschenhandel für die Zwecke der Ausbeutung von Arbeitskräften. In beiden Fällen setzt das Gesetz ein dauerhaftes Ausgesetztsein und ein Abhängigkeitsverhältnis voraus. Das ist oft bei sexueller Ausbeutung der Fall. Zum Beispiel werden Mädchen ihre Pässe abgenommen und sie werden in geschlossenen Räumen festgehalten. Bei Arbeitern ist das viel schwerer nachzuweisen, denn sie gehen abends nach Hause oder schlafen in Gemeinschaftsunterkünften.

Wir brauchen also eine neue Rechtsnorm. Die Rechtsauslegung muss auf eine völlig neue Basis gestellt werden.

Cataldo Motta ist leitender Staatsanwalt in Lecce (Italien).

TUNESIEN

Plädoyer für Mobilität

von Khalil Amiri

Nach der Revolution stieg die irreguläre Migration aus Tunesien massiv an. Heute ist diese Migrationswelle zurückgegangen und auf ein Zehntel gesunken, von über 30 000 im Jahr 2011 auf rund 3 000 im Jahr 2012. Doch ganz abgesehen von den Zahlen bedeutet irreguläre Migration gefährdete Menschen, und es besteht ein eindeutiger Zusammenhang mit Menschenhandel.

Wir haben ein Abkommen mit unserem Nachbarn Italien über die Zurücknahme irregulärer Migranten. Wir halten es für außerordentlich wichtig, dass Rückkehrer wieder erfolgreich integriert werden, denn dadurch werden andere dazu ermutigt, das Land gar nicht erst zu verlassen. Ich glaube, viele Migranten ohne gültige Ausweispapiere haben Angst zurückzukommen. Sie tragen das gesellschaftliche Stigma des Scheiterns. Wir versuchen, sie zu unterstützen, aber es muss noch mehr getan werden.

Tunesien war schon immer Herkunftsland und in geringerem Ausmaß auch Transitland von Migranten. Heute sind wir im Begriff, zum Zielland zu werden. Demografisch gesehen wird die tunesische Gesellschaft immer älter. Nach der Unabhängigkeit wurde eine erfolg-reiche Familienplanungspolitik betrieben, sodass wir heute Geburtenraten haben, die sich jenen der entwickelten Länder annähern. Wir haben auch in Bildung investiert und ein großer Teil der jungen Tunesier hat eine gute Ausbildung. Dadurch fehlen bei uns ungelernte Arbeitskräfte. Laut dem Arabischen Unternehmerverband, der größten Arbeitgeber-vereinigung in der arabischen Welt, der seinen Sitz in Tunesien hat, fehlen in Tunesien rund 100 000 Arbeitskräfte, die meisten in der Land- und Bauwirtschaft. Das macht sich deutlich bemerkbar. Letztes Jahr gab es große Probleme mit der Olivenernte, die in Tunesien noch immer manuell durchgeführt wird. Wir mussten bei der Ernte sogar Soldaten einsetzen.

Meiner Meinung nach müssen wir alle von

der Überzeugung ausgehen, dass es im Zeitalter der Globalisierung gar nicht genug Handel geben kann. Und dass es keinen globalen Kapital-, Waren- und Dienstleistungsverkehr ohne lebendige Menschen geben kann, die ihn in Gang halten.

Denn letztlich kommt es der regionalen Wirtschaft zugute, wenn wir rechtliche Vorkehrungen schaffen, die es den Menschen ermöglichen, den Handel anzukurbeln; und es wird zu mehr Stabilität, auch in den Herkunftsländern, führen und den Aufnahmeländern helfen.

Die einfachste Lösung im Umgang mit irregulären Migranten ist es sicherlich, die Grenzen dichtzumachen. Ja, natürlich müssen wir die Gesetze einhalten und gegen illegale Migration vorgehen. Aber wir dürfen nicht den Fehler machen, reguläre Migranten vor verschlossenen Türen stehenzulassen. Denn langfristig gesehen ist eine unbehinderte Mobilität der Menschen, insbesondere qualifizierter Fachkräfte und Dienstleister, die natürliche Ergänzung des zunehmenden freien Kapital-, Waren- und Dienstleistungsverkehrs. Sie alle sind unverzichtbar für florierende und wachsende Volkswirtschaften in der Region und somit für Entwicklung, Frieden und Stabilität für alle.

Khalil Amiri ist Leitender Berater des tunesischen Staatssekretärs für Migration und Auslandstunesier.

Wenn ich wütend werde, habe ich die besten Einfälle

Opfer- entschädigung

Wenn Menschenhändler gefasst und vor Gericht gestellt werden, bleiben ihre Opfer oft auf der Strecke. In der Regel hat die Verurteilung Vorrang und die Opfer werden entweder überhaupt nicht entschädigt oder müssen zur Schadenswiedergutmachung ein Zivilverfahren anstrengen.

Deshalb ist das in L'Aquila (Italien) im letzten Jahr erreichte beispielgebende Gerichtsurteil, das 17 nigerianischen Frauen, die zur Prostitution gezwungen worden waren, eine Sofortentschädigung in Höhe von 50 000 EUR zusprach, eine solche Sensation, die weitgehend der jungen Rechtsanwältin Carla Quinto der NGO BeFree in Rom zu verdanken ist.

Die Geschichte begann vor vier Jahren, als in L'Aquila Ermittlungen in einem Fall eingeleitet wurden, bei dem Frauen von einer großen kriminellen Organisation brutal nach Italien verschleppt und in die Prostitution gezwungen worden waren. BeFree und eine andere NGO, On the Road, nahmen sich dieser Frauen an und halfen ihnen, ihre schreckliche Angst zu überwinden und sachdienliche Angaben zu den Mitgliedern des Menschenhändlerrings zu machen, die daraufhin vor Gericht gestellt werden konnten. Alle 19 Angeklagten wurden wegen Verschwörung für die Zwecke des Menschenhandels, der Sklaverei und der illegalen Einwanderung schuldig gesprochen.

Doch die Anwälte von BeFree und On the Road wollten mehr: Sie wollten, dass die Opfer aus den beschlagnahmten Profiten der skrupellosen Bande entschädigt werden. Das Gericht hatte Geld und Immobilienvermögen der nigerianischen Menschenhändler eingezogen, ebenso wie die Fahrzeuge, in denen die italienischen Taxifahrer, Komplizen der Menschenhändler, die Mädchen an die Orte gebracht hatten, an



OSZE/Ursula Froese

denen sie auf den Strich gehen mussten. Doch die Anträge der Opfer und der NGOs auf Schadenersatz wurden abgewiesen. Also legten sie gegen die Entscheidung Berufung ein. Carla Quinto erzählt, was dann geschah:

„Nach der ungerechten Entscheidung in erster Instanz wurde ich wütend. Und wenn ich wütend werde, habe ich die besten Einfälle. Es gibt eine Richtlinie der Europäischen Union, in der die Entschädigung von Menschenhandelsopfern gefordert wird, die leider noch nicht in italienisches Recht übernommen wurde. Doch ich fand

einen Paragraphen, mit dem ich unsere Berufung begründen konnte: Paragraph 600 Absatz 7 des italienischen Strafgesetzbuchs, der die Ausbeutung zum Zwecke der Prostitution betrifft.

Darin heißt es, dass der Staat Güter nur dann beschlagnahmen darf, wenn sie von den Opfern nicht benötigt werden. Also konnten wir geltend machen, dass das Recht der Opfer auf die Güter Vorrang vor

dem des Staates hat. Und wir hatten damit Erfolg. Am 25. April 2012 widerrief das Schwurgericht in L'Aquila die Beschlagnahme, die im ersten Gerichtsverfahren angeordnet worden war.

Der Richter sprach jedem Opfer eine Entschädigung in Höhe von 350 000 EUR zu, von denen 50 000 EUR sofort zu bezahlen waren. BeFree und On the Road erhielten je 10 000 EUR. Wie kam er zu diesen Beträgen? Wenn der Schaden für eine Person so groß ist, dass er im Grunde nicht bemessen werden kann und das ist typischerweise bei Prostitution der Fall sieht das italienische Recht ein Verfahren, *via equitativa*, vor, bei dem der Richter im Zuge einer Gesamteinschätzung eine angemessene Schadensbewertung vornimmt. Und das tat er.

„Das ist ein außerordentlich wichtiger Präzedenzfall, der in Italien Schlagzeilen gemacht hat. Es ist wirklich schwierig, ein solches Ergebnis zu erreichen, und wir sind sehr stolz darauf“, sagt OriaGargano, die Direktorin von BeFree.

„Wird uns das wieder gelingen?“, fragt sich Carla. „Wir lassen nicht locker. Aber in diesem Fall kam uns auch das Glück zuhülfe, denn die Zuhälter hatten Vermögenswerte, die beschlagnahmt werden konnten. Meistens ist nichts vorhanden, weil die Menschenhändler ihr Geld außer Landes schaffen. Trotzdem werden wir nicht lockerlassen. Es sollte einen staatlichen Entschädigungsfonds geben. Das ist unser Ziel“, meint sie abschließend.

Ursula Froese, verantwortlich für die Redaktion von „Sicherheitsgemeinschaft“, sprach am 11. Februar 2013 mit Oria Gargano, Carla Quinto und Marta Mearini von BeFree.

Max Kampelman

Der am 25. Januar 2013 verstorbene amerikanische Wissenschaftler, Anwalt, Staatsmann und Verhandlungsführer in Sachen Menschenrechte wird vermutlich als Leiter der US-Delegation bei der Genfer Abrüstungskonferenz von 1985 bis 1989 am stärksten im Gedächtnis bleiben. Weniger bekannt war er in seiner ebenso wichtigen Rolle als Leiter der US-Delegation beim KSZE Folgetreffen von 1980 bis 1983 in Madrid.

Kampelman war 1980 als Rechtsanwalt in Washington tätig, als ihn Präsident Jimmy Carter ersuchte, die Leitung der KSZE-Delegation zu übernehmen. Nach den Präsidentschaftswahlen im selben Jahr bat ihn Präsident Ronald Reagan, zu bleiben.

In Madrid verfolgte Kampelman einen harten Kurs: Er stellte schonungslos Menschenrechtsverletzer an den Pranger und bestand darauf, täglich eine Pressekonferenz abzuhalten. Er baute aber auch eine produktive Arbeitsbeziehung zu seinem sowjetischen Gegenüber auf.

In einem Interview, das er Sarah B. Snyder am 12. Juli 2010 in Washington, D.C., im Rahmen des Oral-History-Projekts der OSZE gab, erzählt er von einem „Deal“, über den er damals strengstes Stillschweigen bewahren musste, mit dem viele Menschen jüdischer und anderer Religionen aus der Sowjetunion herausgeholt werden konnten.

Jahre später, erinnert er sich, schenkte ihm sein damaliger Verhandlungspartner, der stellvertretende Leiter der Delegation der Sowjetunion, General Sergei Aleksandrowitsch Kondraschow, ein Buch mit der Widmung „Für meinen Freund Max Kampelman, der mich die Bedeutung von Freiheit und Demokratie lehrte“.

Im folgenden Auszug aus dem Interview

beschreibt Kampelman, wie es in einem geheimen Briefing in Weißen Haus mit Präsident Reagan zu dem Deal kam.



APA

„Und dann sagt [der Präsident]: ‚Max, kommen Sie einmal her‘. Also bleibt Shultz [George Shultz, US-Außenminister] bei der Tür stehen und ich gehe auf den Präsidenten zu. Er öffnet seine Lade und nimmt einen Wust von Papieren heraus und sagt zu mir: ‚Sehen Sie zu, ob Sie diese Leute herausholen können.‘

Shultz und ich gehen hinaus und setzen uns im Sekretariat nieder, um uns die Papiere anzusehen ... es waren Listen jüdischer Dissidenten. Ich wusste gar nicht, dass er sie hatte, und auch Shultz hatte keine Ahnung davon. Sie mussten aus der Zeit seines Amtsvorgängers stammen. Mich überraschte es nicht, aber ich wusste, es würde die Demokraten überraschen, denn ich bin selbst Demokrat; mir war auch klar,

dass es die Journalisten und die Presse überraschen würde, aber für mich war es nichts anderes, als die anderen Male, wenn ich vorbeikam, um mit ihm [Reagan] über die Sowjetunion und was dort vor sich ging zu sprechen.

Max Kampelman erzählt von einem „Deal“, über den er damals strengstes Stillschweigen bewahren musste, mit dem viele Menschen jüdischer und anderer Religionen aus der Sowjetunion herausgeholt werden konnten.

Jedenfalls fuhr ich zurück nach Spanien und rief Sergei Kondraschow an, der Englisch sprach und in Spanien ein guter Freund von mir werden sollte. [...] Er war ein gebildeter Mensch und es war ihm klar, was ich vorhatte. Es gefiel ihm nicht, aber er wusste es. Er kannte Amerika und war auch schon in Amerika gewesen. Ich rief ihn also an und sagte: ‚Wir müssen reden.‘ Und dann weihte ich ihn ein. Ich verheimlichte ihm nichts und sagte ihm ganz offen, was lief.

Und dann explodierte er, bekam einen regelrechten Wutanfall. ‚So kann man nicht miteinander umgehen. Seit einigen Jahren arbeiten wir hier zusammen, haben unsere Auseinandersetzungen, aber immer unter Einhaltung der Spielregeln. Was Sie vorhaben, ist unerhört, das können Sie nicht machen! Das können wir nicht hinnehmen!‘

Ich sagte: ‚Sergei, Ihnen mag das nicht gefallen, aber ich bringe Ihnen eine Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten an Ihren Chef. Und Sie sind nicht befugt, das Ihrem Chef zu verschweigen. Sie müssen es ihm sagen. Sie können ihm alles sagen, was Ihnen daran nicht gefällt, aber Sie müssen ihm die Botschaft überbringen.‘ Und das wusste er auch.

Einige Tage später rief er mich dann an, um ein Treffen zu vereinbaren, bei dem er mir dann sagte: ‚Ich habe die Vollmacht, mit Ihnen zu verhandeln‘ – und das taten wir.“

Das Interview mit Max Kampelman wurde im Auftrag des Prager Büros des OSZE Sekretariats im Rahmen des Oral-History-Projekts der KSZE geführt. Die vollständige Niederschrift des ursprünglichen Interviews ist samt der audiovisuellen Aufzeichnung im Prager OSZE-Archiv hinterlegt und kann durch Anmeldung zum Gastforscherprogramm eingesehen werden

in Madrid

Das Madrider Folgetreffen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 statt. Es wurde mehrmals ausgesetzt, aus unterschiedlichen Gründen, wie der Präsenz der Roten Armee in Afghanistan, der Verhängung des Kriegsrechts in Polen im Dezember 1981 und dem Abschuss eines vom Kurs abgekommenen koreanischen Passagierflugzeugs im russischen Luftraum am 1. September 1983, bei dem 269 Passagiere und Besatzungsmitglieder ums Leben kamen. Das Treffen endete schließlich nach drei Jahren mit einem Dokument, das auch eine Bestimmung über das Recht, Gewerkschaften zu gründen und ihnen beizutreten, enthielt.

LESERSTIMMEN

Vor zehn Jahren verabschiedete der OSZE-Ministerrat in Maastricht die OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert. Darin wird auf die Bedeutung einer aktiven und engagierten Zusammenarbeit der OSZE mit der Zivilgesellschaft hingewiesen. Das großzügige Angebot, das der Amtierende Vorsitzende der OSZE und ukrainische Außenminister Leonid Koschura am 17. Januar 2013 in Wien aussprach – eine internationale Veranstaltung für die junge Generation der OSZE auszurichten –, wäre ein passender Beitrag zum Jahrestag der Verabschiedung der Maastrichter Strategie. Eine solche Veranstaltung würde auch dem von den Vereinten Nationen verabschiedeten Weltaktionsprogramm für die Jugend entsprechen, das die volle Teilhabe der Jugend an der Gesellschaft und an Entscheidungsprozessen fordert.

Giedrius Petruzhis
Direktor des Internationalen Instituts für
politische Wissenschaften
Klaipeda (Litauen)

[Anmerkung: Der ukrainische Vorsitz veranstaltet vom 20. Juli bis 1. August 2013 einen OSZE-Jugendgipfel in Artek (Ukraine).]

Bedrohungen für die Sicherheit hat es schon immer gegeben, doch waren sie meist örtlich begrenzt. Heute sind sie weltweit, und es gilt daher, weltweit zu handeln.

Jean Cevaër
Pornichet (Frankreich)

Die Mächtigen verwischen ihre Spuren, vertuschen ihre Verbrechen und schützen diejenigen, die sie damit beauftragen. Wir hoffen inständig auf eine neue Welt, in der diese Menschen nicht länger über das Leben anderer bestimmen dürfen und alle, ob arm oder reich, vor dem Gesetz wirklich gleich sind.

Will Kelly
The Bogside Artists
Derry, Nordirland (Vereinigtes Königreich)

Glückwunsch zu Ihrem neuen Magazin. Ich hoffe, es wird sich als nützliches Werkzeug zum besseren Verständnis unserer Welt und unserer Gesellschaft erweisen.

George Tsoumaris
Xanthi (Griechenland)

Ich bin der festen Überzeugung, dass alles, was die Beziehungen zwischen Kulturen, Städten oder Gemeinschaften verbessert, wie es auch Ihr neues Magazin „Sicherheitsgemeinschaft“ tut, Frieden und Eintracht den Weg bereitet.

Felio A. Vilarrubias



Danke, dass ich hier in Nigeria ein Exemplar von „Sicherheitsgemeinschaft“ erhalten habe. Ich konnte nicht aufhören zu lesen, bis ich es durch hatte. Besonders hervorheben möchte ich den Artikel von Botschafterin Heidi Tagliavini. Was sie sagte, ist nicht nur für Frauen von Belang und hat nicht nur für Friedensmissionen Gültigkeit. Es gilt für unser tägliches Leben, sofern der Kampf um eine bessere Welt unser Hauptanliegen ist. Weiter so!

Saviour O. Akpan
Executive Director
Community Policing Partners for Justice, Security
and Democratic Reform
Abak im Staat Akwalbom (Nigeria)

Ein neues OSZE-Konsensdokument über „Schutz und Sicherheit inhaftierter Personen“ könnte einen wichtigen Beitrag zur Gewährleistung der Menschenrechte in Hafteinrichtungen leisten. Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte oder eine eigens dafür ins Leben gerufene OSZE-Behörde könnte mit der Überwachung der Einhaltung der Verpflichtungen, die den Staaten aus einem solchen Dokument erwachsen, betraut werden.

Ich war wegen eines angeblichen Wirtschaftsverbrechens sechseinhalb Jahre in Haft. Die Anklage wurde später fallen gelassen. Es dauerte zehn Jahre, bis der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschied, dass ich für die Verletzung meiner Rechte finanziell zu entschädigen sei. In vielen Fällen ist es unmöglich, Rechtsfragen schnell zu klären. Die OSZE könnte rasch mit politischen Mitteln dafür sorgen, dass inhaftierte Personen nicht doch die Haft an sich bereits eine Bestrafung vor Folter und anderen Misshandlungen geschützt werden. Das würde einer Organisation gut anstehen, die sich der Schaffung einer Sicherheitsgemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok verschrieben hat. Es kann keine Sicherheitsgemeinschaft geben, solange die Freiheit von Folter nicht gewährleistet ist.

Sergejus Ivanovas

**Vizevorsitzender der litauischen Vereinigung für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Sekretär des Internationalen Verbandes der Junglandwirte (Litauen)**

Sehr gutes Magazin! Ich finde es auch gut, dass Moldau so viel Aufmerksamkeit gewidmet wird wovon man in Schweden nicht viel hört. Und zum Schluss ukrainischer Borschtsch!

**Arne Westling
Sollentuna (Schweden)**

Die OSZE regt zur Diskussion und Debatte an. Sie übernimmt keinerlei Verantwortung für die auf diesen Seiten zum Ausdruck gebrachten Ansichten, die ausschließlich die Meinung der Verfasser wiedergeben.

**Ihre Meinung interessiert uns!
Versöhnung ... worauf kommt es
an? Schreiben Sie uns an
oscemagazine@osce.org.**

Sicherheitsgemeinschaft herausgegeben von der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
OSZE Sekretariat Wallnerstraße 6 A-1010 Wien (Österreich)
Tel.: +43-1 514 36-6267 oscemagazine@osce.org

Die Druckausgabe ist in Englisch und Russisch verfügbar, Online in den Sprachen Englisch, Russisch, Deutsch und Französisch unter www.osce.org

Das Magazin "Sicherheitsgemeinschaft" (in englischer Sprache) gibt es jetzt auch als iPad-App.

Die in den Artikeln vertretenen Ansichten geben die Meinung der Verfasser und nicht notwendigerweise den offiziellen Standpunkt der OSZE und ihrer Teilnehmerstaaten wieder.

Hinweis: Alle Funktionsbezeichnungen in diesem Dokument gelten in gleicher Weise für männliche wie weibliche Amtsträger.

Verantwortlich für die Redaktion
Ursula Froese

Redaktion
Marcel Pesko, Miroslava Beham, Cathie Burton, Ursula Froese, Adam Kobieracki, Alexei Lyschenkow, Frane Maroevic, Ian Mitchell, Desirée Schweitzer

Gestaltung und Illustration
Antoine van Dijk

Druck
Imprimerie Centrale
Fonts LeMonde Journal; Akkurat

Das Magazin „Sicherheitsgemeinschaft“ setzt sich für die Entwicklung einer Gemeinschaft von Menschen ein, die sich der Förderung von Vertrauen und Stabilität im gesamten OSZE Raum verschrieben haben. Schriftliche Beiträge zu einzelnen Aspekten der politisch-militärischen, ökonomischen und ökologischen sowie der menschlichen Sicherheit sind willkommen (redaktionelle Bearbeitung vorbehalten).

Das Titelblatt des Magazins „Sicherheitsgemeinschaft“ ist als Raum für eine künstlerische Auseinandersetzung mit der Idee einer Sicherheitsgemeinschaft und damit zusammenhängenden Fragen gedacht. Beiträge von Künstlern sind erwünscht. Die Urheberrechte bleiben beim Künstler.

Welche Beiträge veröffentlicht werden, liegt im Ermessen der OSZE. Für veröffentlichte Texte wird kein Honorar bezahlt. Beiträge richten Sie bitte an: oscemagazine@osce.org

Die OSZE dankt allen Autoren und Künstlern für ihre Beiträge.

Titelbild
FINE (Ausschnitt) 360 cm x 440 cm (achtteilig)
Acryl auf Leinwand 2012

Stylianos Schicho
Copyright: Alle Rechte des Künstlers vorbehalten

Die Arbeiten des Wiener Künstlers Stylianos Schicho verschmelzen Malerei mit Zeichnung. Der Künstler sagt dazu: „In dem Bild fehlt immer jemand und das ist der Betrachter.“

Nähere Informationen: www.stylianoschicho.com

Empört Euch!



Im Alter von 93 Jahren schrieb Stéphane Hessel (1917 bis 2013) „Empört Euch!“ und die Fortsetzung „Engagiert Euch!“ als eine Botschaft an die Jugend.

Hessel, ein in Deutschland geborener herausragender französischer Diplomat, der an der Ausarbeitung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte mitwirkte, verkörperte das Beste der deutsch-französischen Beziehungen. Seine persönliche Empörung entsprang aus seiner eigenen Erfahrung mit diesen Beziehungen, als sie ihren Tiefpunkt erreicht hatten. Er wurde im Zweiten Weltkrieg zur französischen Armee eingezogen, geriet in Gefangenschaft und schaffte mit knapper Not die Flucht, worauf er sich dem französischen Widerstand anschloss.

„Ich wünsche allen, jedem Einzelnen von Euch einen Grund zur Empörung. Das ist kostbar. Wenn man sich über etwas empört, wie mich der Naziwahn empört hat, wird man aktiv, stark und engagiert.“

Gleichzeitig tritt Hessel nachdrücklich für Gewaltlosigkeit ein. Er unterscheidet zwischen Empörung und Hoffnungslosigkeit, die zu Gewalt und Terrorismus führen kann.

„Die Hoffnungslosigkeit ist die Negation der Hoffnung,“ schreibt er. „So verständlich, fast naturgemäß sie ist, kann man sie dennoch nicht akzeptieren, denn aus ihr kommt nichts, was eventuell wieder Hoffnung sprießen ließe. [...] Die Zukunft gehört der Gewaltlosigkeit und der Versöhnung der unterschiedlichen Kulturen.“

Zubereitung

von

Freundschafts- Eclairs



Für den Brandteig:

150 g Mehl

250 ml Milch

100 g Butter

5 g Zucker

5 Eier

1 Prise Salz

Etwas Muskatnuss

Alle Zutaten außer dem Mehl und den Eiern aufkochen. Das Mehl hinzufügen und kräftig rühren, solange der Topf auf der Herdplatte steht. Von der Herdplatte nehmen, abkühlen lassen, 5 Eier hinzufügen und zu einem glatten Teig verarbeiten. Den Brandteig mit einem Spritzbeutel mit glatter Tülle in Zickzack-Bewegung auf ein gefettetes Backblech spritzen. Im Backofen bei 190 Grad ca. 10 Minuten knusprig backen.

Füllung:

700 g Vanillepudding glatt rühren.

350 g Schlagsahne hinzufügen.

Vanillearoma und einen Schuss Cointreau einrühren.

600 g Erdbeeren in kleine Stücke schneiden.

Die Eclairs der Länge nach in der Mitte durchschneiden. Die untere Hälfte mit der halben Crememenge füllen. Die Erdbeeren darauf legen und mit der restlichen Creme bedecken. Den Deckel darauf legen und mit Puderzucker bestreuen.

Rezept von Gerhard Weber

Kreiert im LeStube, Paris, zum 50-jährigen Jubiläum des deutsch-französischen Freundschaftsvertrags (Elysée-Vertrag).

www.lestube.fr

Aktuelle OSZE Publikationen

Jahresbericht 2012 des OSZE-Generalsekretärs, herausgegeben vom Büro des Generalsekretärs, Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Englisch, andere Sprachen online)

OSCE Guide on Non-military Confidence-building measures, herausgegeben vom Konfliktverhütungszentrum, Wien (Englisch, Russisch)

2013 Social Media Guidebook, herausgegeben von der Beauftragten für Medienfreiheit (Englisch, Russisch)

The Online Media Self-Regulation Guidebook, herausgegeben von der Beauftragten für Medienfreiheit (Englisch, Russisch)

Guide to the Digital Switchover, in bosnischer Sprache, herausgegeben von der Beauftragten für Medienfreiheit (Armenisch, Bosnisch, Russisch, Serbisch, Tadschikisch)

Handbook of Best Practices at BorderCrossings: a Trade and Transport Facilitation Perspective, in russischer Sprache, herausgegeben von der OSZE und der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (Englisch, Russisch)

The Moldovan-Administered Latin-Script Schools in Transdnistria, herausgegeben von der OSZE-Mission in Moldau und dem Hohen Kommissar für nationale Minderheiten, Den Haag (Rumänisch)

Reporting on Human Trafficking Manual, herausgegeben vom Büro der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels mit der

Abteilung für Journalismus der Moskauer Staatsuniversität und dem russischen Journalistenverband (Russisch)

Manual for Teaching Human Rights in the Armed Forces, herausgegeben mit Unterstützung des OSZE-Büros in Eriwan (Armenisch)

Defamation and insult, verfasst von der Europe in Law Association mit Unterstützung des OSZE-Büros in Eriwan (Englisch, Armenisch)

Violence, intimidation and legal cases against journalists and media in Armenia 2012, verfasst von Investigative Journalists mit Unterstützung des OSZE-Büros in Eriwan (Englisch, Armenisch)

Gründung

Am 28. Januar 2013 konstituierte sich in Wien das OSZE-Netzwerk MenEngage. In ihm haben sich Männer, die mit der OSZE in Verbindung stehen, zusammengeschlossen, um gemeinsam die Geschlechtergleichstellung zu fördern. Möchten Sie mitmachen? Kontaktieren Sie Robert Hampshire im OSZE-Sekretariat oder Oberstleutnant Simon Macrory-Tinning in der Ständigen Vertretung des Vereinigten Königreichs in Wien.

Die OSZE beim Wiener City Marathon



